



aktuelle analysen

56

Die politische Kultur Südafrikas

16 Jahre nach Ende der Apartheid

Terence Corrigan



Hanns
Seidel
Stiftung

Akademie für
Politik und
Zeitgeschehen

www.hss.de

56

Die politische Kultur Südafrikas

16 Jahre nach Ende der Apartheid

Terence Corrigan

Impressum

ISBN	978-3-88795-379-9
Herausgeber	Copyright 2010, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. 089/1258-0 E-Mail: info@hss.de, online: www.hss.de
Vorsitzender	Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ/Publikationen	Hubertus Klingsbögl
Autor	Terence Corrigan
Übersetzung aus dem Englischen	Anke Thanheiser
Redaktion	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (Chefredakteur, V.i.S.d.P.) Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin) Susanne Berke, Dipl. Bibl. (Redakteurin) Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin) Marion Steib (Redaktionsassistentin)
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	5
2.	Politische Kultur	6
3.	Südafrika heute	7
4.	Erbsünden	8
5.	Konturen einer politischen Kultur	9
5.1	Der Hintergrund der Befreiung	9
5.2	Demokratie	13
5.3	Die abhängige Gesellschaft	18
5.4	Die Partei und der Staat	20
5.5	Führung	22
5.6	Populismus	24
5.7	Aktivismus	27
5.8	Diskurs	29
5.9	Konstitutionalismus	31
5.10	Ethnische Gruppen, Beziehungen zwischen den ethnischen Gruppen und Rassismus	32
6.	Ausblick	35

Die politische Kultur Südafrikas

16 Jahre nach Ende der Apartheid

Die Publikation befasst sich mit der politischen Kultur Südafrikas. Es wird die These aufgestellt, dass Südafrika eine politische Kultur braucht, die seine Institutionen und demokratischen Prozesse unterstützt. Eine solche Kultur entwickelt sich zwar, ist aber gegenwärtig noch nicht voll ausgeprägt. Einige Elemente der gegenwärtigen politischen Strukturen gehören zu den größten Hindernissen für die Entwicklung einer solchen Kultur.

1. Einleitung

Im Jahr 2010 blickte die ganze Welt gespannt nach Südafrika. Die Fußball-Weltmeisterschaft ist eines der größten Sportereignisse der Welt. Südafrika beherbergte Hunderttausende von Besuchern und wurde für Millionen von Menschen weltweit zum Zentrum ihrer Fernsehunterhaltung. Die Südafrikaner sind von Natur aus sportbegeistert, und so war die Begeisterung darüber bei Südafrikanern aus allen Schichten spürbar. Das Land leuchtete vor lauter Fahnen und Fußball-emblemen und war erfüllt vom Klang der Vuvuzela.¹ In Bürogebäuden, beim Schlange stehen an der Kasse und an der Tankstelle unterhielten sich völlig fremde Menschen spontan über „Südafrikas Chancen“.

Es ist eine tragisch-ironische Situation, dass die Weltmeisterschaft – mit all ihrem Zauber – in einem Land stattfindet, dessen Lage sich in den vergangenen Jahren drastisch verschlechtert hat. Es herrscht nach wie vor schlimme Armut. Proteste gegen die schlechte Versorgungslage und die Reaktion des Staates darauf wecken Erinnerungen an die Aufstände der 1980er-Jahre. Politische Beobachter – auch der Regierungspartei African National Congress (ANC) wohlgesonnene – beklagen die zunehmende Korruption und Unfähigkeit der Regierung. Wiederholt ist Besorgnis darüber laut geworden, ob sich die Regierung der rechtsstaatlich verfassten Demokratie ausreichend verpflichtet fühlt.

Vor dem Hintergrund der Konkurrenz um die Verteilung der Mittel des Landes äußerten einige Beobachter Zweifel, ob es richtig gewesen ist, die Fußballweltmeisterschaft nach Südafrika zu holen. Diese Ironie ist vielleicht nirgends so prägnant auf den Punkt gebracht wie auf der Hülle einer CD des multitalentierten Musikers Koos Kombuis: ein nagelneues, funkelndes Sportstadion umgeben von einem Squatter Camp, einem Elendsviertel.

Die Frage, ob für die Zukunft Afrikas das funkelnde Stadion oder das Squatter Camp die passende Metapher ist, stellt einen guten Ansatz dar, um sich mit den großen sozio-ökonomischen und politischen Fragen auseinanderzusetzen, die Millionen von Südafrikanern beschäftigen. Welche Grundlagen werden für die Zukunft geschaffen? Welche Zukunft ist zu erwarten, und welche Zukunft ist schlussendlich gewollt? Um diese Fragen geht es im Kern in der vorliegenden Publikation. Die Formulierung des Titels „Die politische Kultur Südafrikas“ wurde bewusst gewählt. Südafrika steht vor fundamentalen Problemen, deren Wurzeln größtenteils in der politischen Kultur des Landes liegen. Daher steht der Werdegang der stärksten Partei des Landes, des ANC, im Zentrum der vorliegenden Arbeit. Um ein differenziertes Bild zu erhalten, werden auch die Ansichten von Minderheitsparteien und anderen politischen Akteuren berücksichtigt. Um zu einer weiterführenden Analyse zu gelangen, fließen

auch Erfahrungen aus anderen Bereichen mit ein. Die Qualität – möglicherweise sogar die Existenz – des demokratischen Systems Südafrikas steht auf dem Spiel.

2. Politische Kultur

Politische Kultur ist ein schwer fassbares Konzept. Es ist nicht einfach, auf den Punkt zu bringen, was sie genau ausmacht, wie sie zu betrachten und zu bemessen ist. Der bekannte Politikwissenschaftler Larry Diamond formulierte in seinem Beitrag zu einem 1994 veröffentlichten Essayband folgende Definition:²

„Bei der Festigung einer jungen und noch provisorischen Demokratie gibt es letztlich keine Herausforderung von größerer Tragweite als die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur. Politische Kultur kann definiert werden als ‚die bei einem Volk vorherrschenden Überzeugungen, Haltungen, Werte, Ideale, Stimmungen und Sichtweisen des politischen Systems des eigenen Landes sowie der Rolle des Einzelnen innerhalb dieses Systems‘. Die Demokratie ist ein System institutionalisierter Konkurrenz um Macht (mit breit einschließender politischer Teilhabe und wirksamen Garantien bürgerlicher und politischer Rechte). Soll die Konkurrenz um Macht nicht zu einem gewalttätigen, rücksichtslosen Hobbeschen Kampf werden, sind starke Mechanismen vonnöten, um sie zu bändigen und im Zaum zu halten. Ein beachtlicher Anteil dieser Mechanismen ist institutionell: eine klug auf die fragile Gesellschaft zugeschnittene Verfassung, funktionierende Rechtsstaatlichkeit und Parteien- und Wahlsysteme, die zugrundeliegenden sozialen Spaltungen sowohl Ausdruck verleihen als auch Brücken über diese errichten und Anreize zur Zusammenarbeit und Machtteilung schaffen. Wenn jedoch solche demokratischen Institutionen genutzt und ihre Grenzen eingehalten werden sollen, muss sich so-

wohl unter den Eliten also auch unter der Bevölkerung im Allgemeinen eine starke und verinnerlichte Verpflichtung ihnen gegenüber entwickeln. Diese bedingte Verpflichtung den demokratischen Institutionen gegenüber ist ein Teil dessen, was wir als demokratische Kultur verstehen.“

In einem in den 1990er-Jahren verfassten Essay³ äußerte Francis Fukuyama, dass erfolgreiche Demokratien von der jeweiligen Ausprägung der Kultur der Gesellschaft abhängen. Er definiert Kultur als „eine unrationale, moralisch einwandfreie Gewohnheit, die durch Tradition weitergegeben wird“. Es sei die Kultur, die manche Dinge undenkbar und manche Ergebnisse vorhersagbar mache. Kultur sei ebenfalls eine Stütze, und unter den vier Fundamenten der Demokratie – Ideologie, Institutionen, bürgerliche Gesellschaft und Kultur – sei sie dasjenige, das sich am langsamsten wandelt und Veränderungen am stärksten widerstehe.

Mit anderen Worten geht es also um tief verwurzelte Überzeugungen und Weltanschauungen sowie deren Verhältnis zur Macht und zu der Art und Weise, in der Macht ausgeübt wird, sei es in der Regierung oder außerhalb. Eine Reihe von Faktoren zählen zu den Aspekten „politischer Kultur“, abhängig davon, ob sie eine politische Bedeutung haben. Beispielsweise ist die religiöse Ausrichtung einer Gesellschaft klar ein Teil ihrer Kultur. Dies kann Einfluss auf ihre politische Kultur haben, aber in dem Ausmaß, dass dadurch Ansichten in Bezug auf Macht, Autorität und politische Organisation geprägt werden. Es gibt in dieser Hinsicht zahlreiche Facetten, deren erschöpfende Behandlung den Rahmen dieses Beitrags sprengen würde, die man als „südafrikanische Kultur“ bezeichnen könnte und die in starkem Maße in die politische Kultur einfließen: Man denke hier an Themenbereiche wie die Beziehungen zwischen den ethnischen Gruppen, schwache soziale Kontrolle, die die gesamte Gesellschaft durchdringende Gewaltbereitschaft und starke religiöse Impulse.

Das Dilemma Südafrikas politischer Kultur lässt sich anhand einiger Thesen umreißen:

- Südafrikas gegenwärtige institutionelle Strukturen können – grob – als die einer liberalen, rechtsstaatlichen Demokratie beschrieben werden.⁴
- Südafrikas Demokratie wurde auf einem wackeligen Fundament gegründet. Die politischen Kulturen vor der Einführung der Demokratie umfassten einen beschränkten, über Ethnien definierten Wettbewerb der Institutionen; Elemente sowohl des Ausschlusses als auch der Kooptation sowie Widerstand außerhalb der staatlichen Strukturen. Gewalt, Bestechung und Käuflichkeit waren an der Tagesordnung.
- Ein großer Teil dieser Kultur bestand auch in der Zeit nach 1994 (nach dem Ende der Apartheid) fort. Das demokratische System, die Verfassung und die Institutionen des Landes waren das Ergebnis von Verhandlungen.⁵ Der Wandel im Hinblick auf eine Kultur und einen weltanschaulichen Rahmen, die diesen Strukturen förderlich sind, ist bestenfalls unvollständig.
- Kann eine politische Kultur geschaffen werden, die die Institutionen unterstützt, anstatt in vielerlei Hinsicht eine Herausforderung darzustellen?

Die Bedeutung dieser Thesen ist klar: Die Rolle von Verfassungen, Gesetzen und Institutionen ist nicht zu unterschätzen. Südafrikas Überleben oder Untergang als liberale Demokratie hängt zwar vom Grad der Festigung der demokratischen Strukturen auf mehreren Ebenen ab, aber vor allem von der Konsolidierung der Ebene seiner politischen Kultur. Seine politische Kultur muss letztlich dem formalen Aufbau und den Verpflichtungen seiner Demokratie angepasst werden.

3. Südafrika heute

In der Zeit nach 1994 konnte Südafrika zunächst als eine allgemein optimistische Gesellschaft bezeichnet werden. Natürlich gab es enorme Probleme und Pannen, anhaltende Verbitterung und Ressentiments. Aber man hatte einerseits das Gefühl, dass es viel schlimmer hätte kommen können, und andererseits die Hoffnung, dass sich alles zum Besseren wenden würde. Die ethnische Integration in den Schulen machte recht gute Fortschritte, und dass Südafrika wieder zu internationalen Sportwettbewerben zugelassen wurde, gab dem Nationalgefühl enormen Auftrieb. Die Wiedereingliederung in die Weltwirtschaft verschaffte Unternehmern Möglichkeiten, die es bislang nicht gegeben hatte. Nelson Mandela gab Südafrika darüber hinaus etwas, das es weder zuvor noch seitdem hatte: einen Präsidenten, der in der Lage war, das ganze Land zu vertreten, nicht nur eine bestimmte Gruppe.⁶

Der Amtsantritt von Thabo Mbeki war sehr vielversprechend. Man hatte das Gefühl, dass er ein Präsident „der Tat“ wäre, der sich der Probleme der Kriminalität, der Arbeitslosigkeit etc. annehmen würde. Dies zu vollbringen würde es relativieren, dass er nicht Mandela war („die Nachfolge eines Heiligen anzutreten“, wie ein Beobachter ausdrückte)⁷ sowie den Weißen etwas von ihrer Besorgnis darüber zu nehmen, dass sie in ihm einen Präsidenten hatten, dessen Weltsicht stark von ethnischen Faktoren geprägt war und der ihnen emotional weit weniger zugetan schien.

Mbekis Leistungen waren durchwachsen: Einerseits handelte er finanzpolitisch umsichtig, förderte solides Wirtschaftswachstum und schuf sich selbst einen Platz in der Weltpolitik. Andererseits wurden die Probleme des Landes nur unzureichend bekämpft. Vor allem der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften und die schlechte Qualität der Schulausbildung bedeuteten, dass langfristig eine unumkehrbare Abwärtsentwicklung

drohte. Mbeki bestritt jedoch die Probleme und griff seine Kritiker an, wobei er ihnen ständig Arglist und rassistische Motive vorwarf.

Im Jahre 2006 erzwangen diverse Faktoren eine nationale Kehrtwende: Es war nicht mehr möglich, die Probleme Südafrikas zu leugnen. Die unzureichenden Kapazitäten der Stromerzeugung machten sich in Form weitreichender Stromausfälle bemerkbar. Diese Problematik hatte sich seit Jahren entwickelt, war jedoch ignoriert worden. Im ANC kam es zu internen Machtkämpfen. Nun wurde allgemein anerkannt, dass die Korruption ein reales, schwächendes Merkmal der Gesellschaft war. Vor allem durch die schlechte Versorgungslage verursacht, brachen Proteste aus. Die Reaktion darauf erinnerte an die 1980er-Jahre. Bei den Kommunalwahlen verlor der ANC erstmalig in einem wichtigen Wahlbezirk – Kapstadt (City of Cape Town) – seinen Sitz an die Democratic Alliance (DA).

Diese Faktoren haben Bestand, ja haben sich wahrscheinlich noch verstärkt. Der Ton der Berichterstattung und Kommentare über Südafrika wurden freudloser und streitlustiger.⁸ In gewisser Weise wurden die Kommentatoren durch die Präsidentschaft Jacob Zumas, eines Mannes mit großen Fehlern, ermutigt, ihrer Besorgnis und Kritik Ausdruck zu verleihen. Alistair Sparks, ein altgedienter politischer Journalist, der dem ANC generell politisch eher wohlgesonnen ist, schrieb im April 2010, dass „wir ein korruptes Land geworden sind“.⁹

Im Lauf der vergangenen Jahre erschienen neue wissenschaftliche Abhandlungen und Artikel über Südafrika, die mehr von Besorgnis, sogar Zynismus geprägt sind als von Hoffnung und Optimismus. Man denke an Xolela Mangcus „To the Brink and The Democratic Moment“, Brian Pottingers „The Mbeki Legacy“, R. W. Johnsons „South Africa’s Brave New World“, Hermann Giliomees überarbeitete Ausgabe von „The

Afrikaners“, Jacob Laminas „Native Nostalgia“, Moeletsi Mbekis „Architects of Poverty“, Althea Jeffreys „People’s War“ und Paul Trowels „Inside Quarto“. Alle diese Werke zeigen Südafrika und seine Geschichte aus einer Perspektive, die unerwartet und manchmal beunruhigend ist.¹⁰ Sie spiegeln die Verschlechterung der Stimmung im Lande wider.

4. Erbsünden

Wenn man über die politische Kultur Südafrikas spricht, muss man wissen, dass sich alles um den ANC dreht. Das bedeutet nicht, dass andere Gruppierungen keinerlei Verantwortung für die Führung der Politik haben, sondern objektiv, dass der ANC aufgrund seiner Machtfülle einen dominanten Einfluss auf das politische Leben im Land ausübt. Die Vorgehensweise des ANC, seine Ansichten und das Verhalten, das er duldet, haben einen wesentlichen, bestimmenden Einfluss auf Südafrikas politische Kultur – und seine politische Zukunft.

Eine der „Erbsünden“ Südafrikas politischer Kultur war, dass sein Wandel und seine Verfassung hauptsächlich durch politische Akteure ausgehandelt wurden, die sich der liberalen Demokratie eher oberflächlich verpflichtet fühlten. Der verstorbene Frederik Van Zyl Slabbert bemerkte, dass man in Südafrika vor 1994 die Wahl hatte zwischen Repression und Revolution, zwischen einer beschränkten, oligarchischen Demokratie und entsprechend disproportionalen Privilegien und „freiheitskämpferischer Intoleranz“.¹¹ Der ehemalige Staatspräsident F. W. De Klerk, der lange als ein Mitglied des „rechten Flügels“ der ehemaligen Regierung angesehen wurde, erklärte seine Haltung zum Wandel recht offen und pragmatisch: Das System der Apartheid funktioniere nicht mehr, und wenn etwas nicht mehr funktioniert, sei es moralisch nicht mehr vertretbar, dennoch zu versuchen, es aufrechtzuerhalten.¹² Der Hintergrund des ANC, der zum Verständnis

Südafrikas politischer Kultur von größerer Bedeutung ist, wird später noch genauer beleuchtet. Hier soll es genügen, zu erwähnen, dass es kein Erlebnis à la Damaskus war. Vielmehr mussten sich alle Beteiligten an neue Gegebenheiten anpassen. Die viel gepriesenen (und ziemlich bemerkenswerten) Wahlen des Jahres 1994 fanden in einer Atmosphäre der Angst statt, und es war einfach unmöglich, einen freien Wahlkampf zu führen. Mervyn Frost berichtet:¹³

„Obwohl am 27. April 1994 eine Mehrparteienwahl stattfand, die von der IEC (Independent Electoral Commission) und vielen internationalen Wahlbeobachtern als „frei und fair“ bezeichnet wurde, war die politische Kultur, in deren Rahmen diese Wahl stattfand, alles andere als demokratisch und ihr war ferner auch keine normale Mehrparteienpolitik vorangegangen.“

Der Verfassung – trotz ihrer weitreichenden Rechtmäßigkeit und dem häufigen Lob, dass sie „die beste“ oder „fortschrittlichste“ der Welt sei – wohnt eine ähnliche Ironie inne: Sie verkörpert zwar liberale Werte, wurde jedoch von Organisationen verabschiedet, die gegen einige Bestimmungen der Verfassung sind und die diese Verfassung nur als zweitbestes Ergebnis ansahen.¹⁴

Die zweite „Erbsünde“ sind die sozio-ökonomischen Strukturen des Landes. Jede Analyse Südafrikas hat zum Ergebnis, dass seine Gesellschaft eine große Ungleichheit aufweist (einen der extremsten Gini-Koeffizienten der Welt) und dass die Gesellschaft mit weitverbreiteter Armut kämpft. Durch den Umstand, dass die Armut in der vorherigen politischen Aufteilung (der Enteignung der Schwarzen und der Beschneidung ihrer Chancen) wurzelt, ging mit dem Wandel die Hoffnung einher, dass der Demokratisierung eine sozio-ökonomische Verbesserung folgen würde.

Zum Zeitpunkt des Wandels stellte man fest,¹⁵ dass Südafrika einerseits ein Land mit

oberen mittleren Einkommen und als solches gut aufgestellt war, um einen Wandel hin zur Demokratie zu verkraften. Pflückt man andererseits aber die statistischen Zahlen auseinander, zeigt sich ein Besorgnis erregendes Bild. Es besteht eine extreme Ungleichheit, das heißt, dass große Teile der Bevölkerung mit einem Einkommensniveau wirtschaften müssen, auf dem eine demokratische Konsolidierung schwierig ist. Dies ist eine brenzlige Situation. Erwartungen, dass eine demokratische politische Kultur Fuß fassen kann, gehen aus diesem Grund vernünftigerweise mit einer Verbesserung der sozio-ökonomischen Situation der Armen einher.

Unterm Strich bleibt die Frage, ob sich die politische Kultur dahingehend entwickelt, dass sie „Mehrparteienpolitik einer normalen Ausprägung“ unterstützt und die Bestimmungen und Garantien der Verfassung trägt.

5. Konturen einer politischen Kultur

5.1 Der Hintergrund der Befreiung

Südafrikas politische Kultur ist von der Zeit vor der Einführung der Demokratie geprägt. Das wichtigste Merkmal hier ist, dass der ANC eine ehemalige Befreiungsbewegung ist.¹⁶ Henning Melber, der gegenwärtig der Vorsitzende der Dag Hammarskjöld Stiftung ist und der bereits mit der South West African People's Organisation (SWAPO) zu tun hatte, stößt bezüglich dieser Thematik in dasselbe Horn wie die meisten Kommentatoren. Er schreibt, dass es den Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika nicht gelungen ist, sich an ihre Rolle als Teilhaber und Regierungsparteien der meisten nach der Befreiung eingeführten Demokratien anzupassen. Ihnen haftet noch zu sehr der Charakter von Exilparteien an, die einen Gegner besiegen müssen und Angst davor haben, unterwandert zu werden.¹⁷

„Steht man nicht auf der Seite des Befreiers (vertreten durch die Bewegung, bzw. nun Partei und Staat), gilt man als Feind. Da die Grenzen zwischen der Partei, der Regierung und dem Staat fließend sind, wird jede Art von Opposition oder Dissens als feindselig betrachtet und Dissidenten als Volks- und Staatsfeinde gebrandmarkt.“

Die „Befreiung“ wird als nicht abgeschlossener Prozess angesehen. Es geht nicht bloß darum, die Unterdrückung zu beenden, ein neues politisches System einzurichten oder die ersten Wahlen zu gewinnen. Es geht darum, eine neue Gesellschaft zu schaffen. Vor diesem Hintergrund wird die Aufgabe der „Befreiung“ niemals abgeschlossen sein, und für viele Beteiligte wird die Einführung einer „normalen Demokratie“ mit ehrenhaften Kontrahenten und die Wandlung von Parteien in ihrer Rolle als Regierungsparteien wahrscheinlich immer nur eine theoretische Möglichkeit in ewig ferner Zukunft darstellen. Die Ablehnung dieser Agenda wird als bösartig betrachtet, sogar als Verrat, womit die intellektuelle Rechtfertigung für illiberale und undemokratische Reaktionen auf solche Herausforderungen geschaffen ist.

Die „Befreiung“ hat außerdem eine stark moralische Konnotation. Im Fall Südafrikas waren Argumente, die Apartheid sei ein Versuch, die Probleme einer multiethnischen Gesellschaft zu lösen, nicht überzeugend, solange vor allem die Weißen die Macht innerhalb dieses Verhältnisses in der Hand hielten. Der ANC als größte Befreiungsbewegung konnte sich selbst die moralische Unanfechtbarkeit der Sache, für die er eintrat, auf die Fahnen schreiben. Ein Teil dieser Unanfechtbarkeit entstand wahrscheinlich aufgrund der Tatsache, dass er – bemerkenswerterweise – nicht die Haltung eines schwarzen ethnischen Chauvinismus als Reaktion auf den weißen Rassismus annahm. Die „Heiligsprechung“ des ANC wurde von einer Reihe von Einzelpersonen und Institutionen sowohl im Inland als auch im Ausland getragen. Hermann Giliomee brachte

es mit dem Kommentar: „moralisch überlegen zu sein, war entscheidend“, sehr gut auf den Punkt.¹⁸

Eng damit in Verbindung steht die Auffassung, dass es sich beim ANC nicht um eine „normale“ Partei handelt. Laut seiner Selbstdefinition ist er nicht einmal eine Partei, sondern eine „Bewegung“. Der Begriff „Bewegung“ impliziert Breite, einen Organismus und Dynamik. Eine Bewegung vertritt „das Volk“ nicht, sondern verkörpert es vielmehr. Sie repräsentiert dessen Tugenden und Bestrebungen. Sie eint es in Solidarität und gemeinsamem Einsatz. Da sie „das Volk“¹⁹ ist (und sich implizit durch die Behauptung legitimieren kann, die Mehrheit zu vertreten), hat sie die Berechtigung, die Machtstrukturen innerhalb einer Gesellschaft zu kontrollieren. In dieser Stellung wären ihre Handlungen schon fast per definitionem rechtens – die Handlungen der Bewegung wären somit die Taten „des Volkes, für das Volk und durch das Volk“. Die Selbstdefinition des ANC folgte explizit dieser Argumentation; man sah sich als „die wichtigste Stimme der Moral im Land bezüglich fast aller Belange des Landes“.²⁰ Diese Haltung ist eine Unterart der totalitären oder jakobinischen Demokratie, wie sie Jacob Talmon in den 1950er-Jahren²¹ beschrieb. Sie ist eine Reaktion darauf, dass Staaten sich selbst als demokratisch bezeichneten, dabei aber die einer liberalen Demokratie innewohnenden Kontrollmechanismen zunichte machten. Dieses Motiv wurde durch den amerikanischen Analytiker Fareed Zakaria in seinen Werken über illiberale Demokratien entwickelt.²²

Wie die anderen Befreiungsbewegungen in der Region wurde der ANC sowohl ideologisch als auch organisatorisch vom Marxismus-Leninismus beeinflusst. Zum Teil ist dies ein Unfall der Geschichte, da der ANC während der Jahre des Kampfes Unterstützung vom Ostblock bekam. Inwiefern diese Ausrichtung opportunistisch war und inwiefern sie Prinzip und Ideologie war (oder

wurde), ist ein Thema, das Historiker beschäftigen wird. Liest man ANC-Publikationen der 1980er-Jahre (und auch die von internen Verbündeten in den „alternativen Medien“), kann man darin eine Begeisterung für die sogenannten „Volksdemokratien“ Osteuropas und anderenorts und die Unterstützung einiger repressiver Regierungspraktiken erkennen, die in einer liberalen Demokratie nicht geduldet würden.

Der Zusammenbruch des Kommunismus machte die Aussichten, ein „Ostdeutschland in Afrika zu errichten“,²³ zunichte. 1994 kam der ANC mit einer nur unzureichend ausgearbeiteten Wirtschaftspolitik an die Macht, die man bestenfalls als keynesianisch bezeichnen kann. Zu überlegen ist, inwiefern das Erbe der Ausrichtung auf den Ostblock und der Einfluss der marxistisch-leninistischen Ideologie ihre Spuren im Denken des ANC hinterlassen haben, sowohl in Bezug auf seine ideologische Orientierung als auch auf seine Organisationskultur. Mehrere Kommentatoren meinen, dass dies der Fall ist und die Anpassung des ANC an ein liberales demokratisches System erschwert.²⁴ Eine krude eigene Version radikal linken Denkens, versehen mit Moralismus und dem Bewusstsein, dass man sich auf der richtigen Seite eines Konflikts und auf der richtigen Seite der Geschichte befinde, war und bleibt zweifelsohne sehr reizvoll. Dies gilt ebenso für das Sendungsbewusstsein und den Schicksalsgedanken, die die Führung als „Wegbereiter“ oft an den Tag legte.

Während der Zeit des Kampfes musste der ANC im Exil der Sicherheit Vorrang geben. Er hatte es mit einem starken, gut organisierten Feind zu tun und musste nicht selten fürchten, durch Agenten der südafrikanischen Regierung unterwandert zu werden.²⁵ Dadurch entstand eine ausgeprägte Paranoia, das Gefühl, dass überall Feinde waren, die sich verschworen. Die Auswirkungen dessen waren im Denken des ANC noch lange nach seinem Aufstieg zur Macht bemerkbar. Eine weitere Befreiungspartei (die United Democ-

atic Front) ließ mehr Rück- und Mitspracherechte zu – schließlich war der ANC eine „Massenbewegung“, die angab, Millionen von Südafrikanern zu vertreten – auch wenn dies immer durch die Tatsache abgeschwächt wurde, dass er sich in einem politischen Kampf befand, in dem man selten Toleranz für seine Gegner zeigte.

Der letzte Punkt ist wichtig, denn er spricht den Kontext an, in dem die Demokratie entstand und somit Auswirkungen auf die Eigenschaften der entstehenden Demokratie. Das Ziel der „Demokratie“ wurde vom ANC durch Mittel verfolgt, die oft nicht mit einer Demokratie vereinbar waren. Betrachtet man das „weichere“ Ende des Spektrums, so zensierte die damalige Regierung „unerwünschtes“ Material, doch die Befreiungsbewegung konnte gleichermaßen intolerant sein. In einem bekannten Fall wurde ein irischer Anti-Apartheid-Aktivist, Conor Cruise O'Brien, daran gehindert, an der Universität von Kapstadt zu sprechen, da er zuvor geäußert hatte, der Akademiker-Boycott gegen Südafrika sei „Kinderkram“. Ein Literaturprofessor an der Universität von Witwatersrand, Ampie Coetsee, erfasste die Sichtweise der Freiheitskämpfer folgendermaßen:²⁶

„In diesem Land gibt es keine Freiheit; wir müssen um sie kämpfen, und um sie zu erreichen, müssen wir akzeptieren, dass manche Stimmen zum Verstummen gebracht werden müssen. Eines Tages in der Zukunft kann vielleicht die Rede von einer Redefreiheit sein. Doch in einer Zeit des Überganges ist es nötig, denen entgegenzutreten, die versuchen, die Kräfte des Wandels zu blockieren – auch wenn diese Tat als Zensur angesehen wird.“

Das „härtere“ Ende des Spektrums ist dargestellt in Anthea Jefferys Buch „People's War“. Unter anderem wird die These aufgestellt, dass der Kampf des ANC auf die Zerstörung der Apartheid abzielte, aber auch darauf, die Macht zu ergreifen. Dabei war er bereit, Gewalt und Zwang gegen Rivalen

und unzureichend engagierte Mitglieder einzusetzen. Dies ging einher mit einer intensiven Propaganda-Kampagne mit dem Ziel, sich selbst zu rechtfertigen und seine Gegner zu diskreditieren. An einigen Stellen wird in dem Buch vielleicht übertrieben, doch die Argumentation ist schlüssig. „Kollaborateure“ konnten sehr hart angefasst werden. Konkurrierende „schwarze“ Gruppen wie Inkatha und Black Consciousness Movement wurden angegriffen oder destabilisiert. Im Vorfeld der Wahlen von 1994 lebte die überwiegende Mehrheit der Afrikaner in Gegenden, in denen freie politische Aktivitäten unmöglich waren. Während dieser Zeit konnten „weiße“ Parteien schlicht keinen Wahlkampf in Townships betreiben, und wenn sie es versuchten, schlug ihnen manchmal Gewalt entgegen. Ein Anführer einer dem ANC zugerechneten Gruppe (und späteres Mitglied des Executive Council²⁷ der Provinzregierung von Gauteng) erklärte, dass „die Leute zu jedem Mittel greifen, um politische Aktivität durch die (weißen) Parteien zu unterbinden. Sie werden diesen Parteien nicht erlauben, in die Townships zu kommen.“²⁸ Die Intoleranz und Geringschätzung gegenüber der Demokratie, die aus dieser Haltung hervorgeht, hat in einer liberalen Demokratie nichts zu suchen. Leider setzte sich dies in späteren Vorfällen fort.

Diese Ausführungen sollen den eklatanten Missbrauch durch den Staat oder andere Gruppierungen (wie z. B. Inkatha) herunterspielen, aber die durch die „Befreier“ ausgeübte Gewalt und die Verstöße der „Befreier“ gegen Rechte und Freiheiten konnten weitgehend legitimiert werden und wurden es auch. Das vielbeachtete ökumenische „Kairos Dokument“ tat dies beispielsweise aus der Sicht der christlichen Befreiungstheologie.²⁹ Ein Aktivist aus der Zeit des Kampfes beschrieb die Problematik folgendermaßen: „Die Vorstellung, dass ein aus politischen Motiven begangener Mord selbstlos ist und nicht in gleicher Weise bestraft werden sollte wie ein Mord, der aus Habgier oder im Affekt begangen wird, gehört zum revolutio-

nären Mythos und kann dazu führen, dass eine Massentötung von politischen Gegnern in Kauf genommen wird.“³⁰ Die Auffassung, dass Gewalt einen Platz in einem demokratischen Staatswesen hat oder dass mit undemokratischen Mitteln demokratische Ziele (bzw. „demokratische“ Ziele in jakobinischem Sinne) zu erreichen seien, konnte nie ganz zerstreut werden.

Ein anderer Teil des Selbstbildes des ANC und seiner politischen Agenda betrifft das Konzept der „Hegemonie“. Kritiker des ANC wie R. W. Johnson warnen seit Jahren davor. Das Streben nach Hegemonie des ANC wird von vielen Kommentatoren ignoriert oder als Überbleibsel seiner Vergangenheit und als nicht ernstzunehmend abgetan. Hegemonie bedeutet vollständige Kontrolle – nicht nur des Handelns der Menschen, sondern auch ihrer Institutionen und ihrer Gedanken. Es wird eine Situation geschaffen, in der die Menschen freiwillig eine Weltsicht als die „richtige“ annehmen und sich freiwillig der Hegemonialmacht unterwerfen. Diese Haltung nahm man sogar damals in der Regierung ein, wie sich an folgenden Regierungsdokumenten veranschaulichen lässt:³¹

„Die formellen Staatsinstitutionen sind stark beeinflusst durch den Fortbestand informeller Handlungsknotenpunkte, denen eine Logik eigen ist, die oft von der des Staates autonom ist. Die Gesamtheit der sozialen Netzwerke lässt sich nur zu Gunsten der Entwicklungsbemühungen einspannen, wenn es dem Staat gelingt, eine zentrale Abstimmung und Führung zu gewährleisten, die sicherstellt, dass viele einzelne Aktivitäten in ihren Auswirkungen zum Entwicklungsprojekt beitragen. In anderen Worten kann der Staat sicherstellen, dass, über die Einzelaktivitäten hinaus, Synergieeffekte durch bessere Verflechtung erzielt werden können. Aus diesem Grund muss die Regierung die sozialen Netzwerke nutzen und sich an ihnen beteiligen, aber nicht als ebenbürtiger Partner. Die Regierung vertritt den kollektiven Willen

einer Nation und sollte daher, nicht zuletzt durch ihre Fähigkeit zur ‚Vorverpflichtung‘, bei solchen Interaktionen eine Führungsrolle einnehmen. Die Fähigkeit zur ‚Vorverpflichtung‘ bedeutet, dass langfristige öffentliche Entwicklungsziele ausgesprochen werden, die einer Nation ermöglichen, durch die Koordination der Bemühungen zahlreicher Akteure Synergieeffekte zu erzielen.“

Man scheint der Ansicht zu sein, der Staat solle die Bemühungen der bürgerlichen Gesellschaft beaufsichtigen und „leiten“. Das wirft die Frage auf, welche Rolle jenen Gruppen zugeordnet ist, die gegen Regierungsinitiativen sind oder die der Meinung sind, dass sie verbesserungsbedürftig sind? Diese Haltung verträgt sich mit einer liberalen Demokratie nicht recht.

Ob eine „Hegemonie“ in einer komplexen Gesellschaft mit ausgefeilten Kommunikationssystemen und extensiven Verbindungen zur Außenwelt überhaupt möglich ist, wird später im Text behandelt. Obwohl eine moralische Hebelwirkung, der „Mandela-Faktor“ sowie konkrete Programme wie die Entsendung von Kadern eingesetzt wurden, versuchte der ANC sicherlich, dieses Ziel zu erreichen, und hatte nicht unbeträchtlichen Erfolg mit der Vorgabe der Kommentierung.

Die beschriebenen Elemente stehen nicht im Einklang mit einem liberalen demokratischen System, sie stellen jedoch die Denkweise eines beträchtlichen Anteils der ANC-Mitglieder dar – wenn auch nicht aller ANC-Mitglieder oder aller seiner Unterstützer. Im weiteren Verlauf der vorliegenden Analyse werden die jeweiligen Abschnitte in Bezug zu diesen Ausführungen gesetzt.

5.2 Demokratie

Südafrikas Ansehen ist eng mit dem Begriff „Demokratie“ verbunden. Demokratie wird in der Tat oft als umfassende Beschreibung für die Zeit nach 1994 gebraucht und es ist

oft unklar, ob wirklich verstanden wird, was im Kern damit gemeint ist.

Ob eine Demokratie wirklich gefestigt ist, lässt sich erkennen, wenn die Partei, die die erste Wahl gewann, die nächste verliert und ihr eine andere Regierungspartei folgt.³² Die eigene Niederlage einzugestehen bedeutet, die Regeln des Systems anzuerkennen. Dies ist auch ein wichtiges Merkmal einer politischen Kultur, die demokratische Normen akzeptiert. Oft wird bemerkt, dass dies gegenwärtig nicht von Südafrika behauptet werden kann. In Südafrika besteht schließlich ein Einparteiensystem, und es wird noch einige Zeit dauern, bis der ANC ernst zu nehmende Konkurrenz bekommt. Diese Beobachtung stimmt, wenn man die nationale Ebene betrachtet, nicht aber in Bezug auf die Provinz- und die Kommunalebene. Die Niederlage des ANC in Kapstadt 2006 und in der Provinz Westkap 2009 lässt Rückschlüsse auf das Ausmaß der demokratischen Überzeugung zu. In beiden Fällen kann man bezüglich des Endergebnisses bestenfalls sagen: „gerade so bestanden“.

Aus den Wahlen in Kapstadt im Jahr 2006 ging kein eindeutiger Gewinner hervor. Die angetretenen Parteien mussten eine Koalition bilden, entweder mit der Democratic Alliance (als stärkste vertretene Partei) oder mit dem ANC als bisherige Regierungspartei. Dies gelang der DA, die unter der neuen Bürgermeisterin und späteren DA-Vorsitzenden, Helen Zille, eine knappe Mehrheit errang.

Die Provinzregierung, damals vom ANC gestellt, versuchte, die fraglichen Veränderungen rückgängig zu machen. Durch eine Verwaltungsreform sollten die politischen Kompetenzen der Kommunalregierung beschnitten werden. Praktisch hätte dies sichergestellt, dass der ANC und seine Verbündeten wieder das Sagen in der Stadt gehabt hätten. Über diese Bestrebungen gab es (innerhalb Südafrikas und im Ausland) ausführliche, wenig schmeichelhafte Berichter-

stattung. Die DA leistete starken Widerstand. Schließlich wurde zur Bewahrung vor Gesichtverlust ein Kompromiss ausgehandelt, im Rahmen dessen die Stadt der Democratic Alliance überlassen wurde.

Dass der ANC das System einer repräsentativen Exekutive in den durch die eigene Partei kontrollierten Kommunen so deutlich ablehnte, machte einen scheinheiligen Eindruck. Die politischen Auswirkungen ließen Schlimmeres ahnen. Max Du Preez, ein ehemaliger „Kampf-“ Journalist, der allgemein als ANC-Sympathisant gilt, formulierte unverblümt.³³

„Es hat mich umgehauen, als ich erfuhr, dass der ANC plante, am Westkap per Dekret das zu erreichen, was ihm an den Wahlen nicht gelungen war: Der Bürgermeisterin von Kapstadt, Helen Zille, die Macht zu entziehen. Die Stellungnahme des ANC, dies würde geschehen, um eine „repräsentative Stadtverwaltung, die die Bevölkerung der Stadt eint“ zu schaffen, war die zynischste politische Äußerung, die ich seit 1994 gehört habe. Das war, was die Feinde des ANC und der weiße rechte Flügel vor 1994 sagten: „Der ANC wird die Demokratie nur so lange unterstützen, wie seine Dominanz unangefochten ist. Sobald eine Niederlage droht, werden sie einen auf Mugabe machen“. Ich habe diese Kritiker immer abgetan und sie als Reaktionäre und Rassisten bezeichnet. Ich sagte: Ihr versteht die Kultur des ANC nicht, ihr wisst nicht, dass der ANC seit 1912 eine Kultur der Toleranz und Demokratie besitzt. Ich habe meine Freunde in Übersee belogen. Es ist nicht alles in Ordnung in Südafrika. Wir sind in Schwierigkeiten. Großen, ernststen Schwierigkeiten.“

Andererseits zeigte diese Erfahrung der DA auch die Schwierigkeiten der Regierungsausübung in der Praxis auf. Sie hatte in ihrem Parteiprogramm versprochen, dass sie in Kommunen, in denen sie die Wahlen gewinnen würde, das System der bürger-

meisterlichen Exekutive („executive mayoral system“) nicht anwenden würde. Dadurch wäre allerdings, wie oben beschrieben, der ANC wieder an die Macht gelangt. Das gewählte Regierungsmodell scheint für die Anhängerschaft kein schwerwiegendes Problem gewesen zu sein, zeigte jedoch die durch den Wettbewerb um Macht auferlegten Beschränkungen und die Schwierigkeiten, sich fest an Prinzipien zu halten, auf.

Die allgemeinen Wahlen von 2009 in der Provinz Westkap gewann die DA ganz knapp. Der ANC schien entschlossen zu sein, die neue Regierung zu Fall zu bringen: Tage vor der Wahl wurde die Aufsicht über große Teile Landes in der Provinz an die nationale Regierung übertragen.³⁴ Seither gibt es auch Vorschläge (die nicht ganz neu sind), Provinzen abzuschaffen oder zusammenzulegen.³⁵

Während der ersten Wochen Amtszeit der neuen Verwaltung veranstalteten Gruppierungen innerhalb des ANC (die ANC Youth League und die Umkhonto we Sizwe Veterans Association, der Zusammenschluss des bewaffneten Flügels des ANC) Demonstrationen gegen sie. Unter anderem wurde dazu aufgerufen, die Provinz „unregierbar“ zu machen³⁶ – ein klarer Bezug auf die Widerstandsstrategie des ANC während der 1980er-Jahre. Dass Zille ein Kabinett ernannt hatte, das vollständig aus Männern bestand, löste allgemeine Empörung aus,³⁷ doch die fast pornographische Natur der Angriffe auf sie seitens der ANC-Demonstranten wurde von der Führung des ANC nicht verurteilt – trotz deren ostentativer Befürwortung der Gleichbehandlung beider Geschlechter.³⁸

Dieses Muster der Konfrontation tauchte später wieder in den sogenannten „Toiletten-Kriegen“ auf. Die Stadt Kapstadt hatte für jeden Haushalt innerhalb einer informellen Siedlung Einzeltoiletten anstatt von Gemeinschaftstoiletten errichtet. Diese sollten von den Nutzungsberechtigten umbaut werden. Eine Reihe von Toiletten wurde nicht um-

baut. Der Anblick von Toiletten ohne Sichtschutz und Menschen, die diese benutzten, war für die DA sehr peinlich, und wurde natürlich von der ANC Youth League (ANCYL) zu Propagandazwecken ausgenutzt. Als die Stadt versuchte, die Toiletten mit Holz und Wellblech zu umbauen, erklärte die ANCYL, dass nur permanente Umbauungen aus Ziegeln und Mörteln ausreichend seien. Ihre Aktivisten rissen die Umbauungen nieder, die bereits errichtet worden waren. Dann rief sie die „Jugend“ dazu auf, die Stadt „unregierbar“ zu machen und städtisches Eigentum zu verwüsten.³⁹ Dies ist eine klare Aufforderung zum Gesetzesbruch und ein sehr gutes Beispiel für die oben erwähnte Tradierung der „Intoleranz der Befreier“. Man erkennt, dass eine umfassende, normative Akzeptanz der Demokratie sich erst noch entwickeln muss. Zum Zeitpunkt des Verfassens der vorliegenden Publikation schien die Führung des ANC diesen Aufruf nicht verurteilt zu haben. Zu bemerken ist, dass der Bürgermeister von Kapstadt, zu diesem Zeitpunkt bereits Dan Plato, versuchte, auf ähnlich populistische Art auf die ANCYL zu antworten. Er rief die Bevölkerung dazu auf, durch das „Verbrennen von Autoreifen“ gegen die Aktionen der ANCYL zu protestieren.⁴⁰ Auch wenn er frustriert gewesen sein mag, trägt eine solche Wortwahl kaum dazu bei, Südafrika auf einen positiven politischen Kurs zu bringen.

Der ANC war also bereit, Niederlagen einzugestehen, schien jedoch entschlossen, die Auswirkungen mit allen möglichen Mitteln gering zu halten. Das Verhalten einiger seiner Anhänger ließ erkennen, dass bei einem Teil des ANC die liberale Demokratie nur schwach verwurzelt ist. Sie hat sich nicht auf kultureller Ebene gefestigt.

Positiver ist, dass Umfragedaten auf ein ausreichend klares Bekenntnis der Südafrikaner zur Demokratie hindeuten, auch wenn dies nicht überall gleichermaßen stark ist. Dies ging klar aus der World-Values-Um-

frage und der Afrobarometer-Umfrage hervor und umfasste sowohl die Identifikation mit dem Begriff „Demokratie“ als auch eine Gegenüberstellung mit einigen ihrer Grundeigenschaften (wie beispielsweise dem Recht von Oppositionsparteien, die Regierung zu kritisieren). Die „4th Round“ Afrobarometer-Umfrage (2008) zeigt, dass eine Einpartei-herrschaft (nur 21 % dafür), ein Militärregime (17 %), unbegrenzte persönliche Macht des Präsidenten (15 %), Apartheid (15 %) oder eine undemokratische Regierung (21 %) wenig Zustimmung finden. Ein etwas größerer Anteil der Befragten (31 %) war dafür, Wahlen zur Auswahl von Vertretern abzuschaffen.⁴¹

Diese Ergebnisse sind positiv für die Demokratie im Land, zeigen aber auch, dass ein beachtlicher Teil der Bevölkerung nicht voll von ihr überzeugt ist. Sehr besorgniserregend ist, dass die Afrobarometer-Umfrage herausfand, dass fast die Hälfte der Befragten (46 %) entweder sehr oder ziemlich enttäuscht davon waren, wie die Demokratie in Südafrika funktioniert. Ein ähnlich großer Anteil stimmte der Aussage zu: „Wenn unser gegenwärtiges System nicht bald Ergebnisse erbringt, sollten wir es mit einer andere Regierungsform versuchen.“ Fast zwei Drittel der Befragten waren bereit, Wahlen zu Gunsten einer nicht gewählten Regierung abzuschaffen, die die Rechtsstaatlichkeit aufrechterhalten und Wohnraum und Arbeitsplätze zur Verfügung stellen könne. Ob diese Befragten ihre demokratischen Rechte tatsächlich für das Versprechen einer „Leistungslegitimierung“ drangeben würden, bleibt offen. Die Afrobarometerumfrage zeigt, dass sozio-ökonomische Belange zwar Priorität haben, jedoch „liberale“ Themen wie beispielsweise der „Schutz des bürgerlichen Rechtes auf freie Selbstbestimmung“ und „größeres Mitbestimmungsrecht für die Bevölkerung in Regierungsbeschlüssen“ ebenfalls sehr wichtig sind.⁴² Wie weiter oben erwähnt, bestand jedoch am Anfang der demokratischen Ära eine klare Erwartungshaltung, dass sich mit der Einführung der

Demokratie auch eine sozio-ökonomische Verbesserung einstellen würde. Robert Matthes, einer der bekanntesten Statistiker Südafrikas, fing diese Stimmung 2002 in einem Artikel ein. Er bemerkte, dass „der Rückhalt für die Demokratie unter den Südafrikanern gering ist, zum Teil, weil sie Demokratie so verstehen, dass sie ihnen eine Reihe sozio-ökonomischer Vorteile liefern wird, und die Fortschritte in diese Richtung langsam sind“.⁴³ Dies deutet darauf hin, dass die Unterstützung der Demokratie an bestimmte Bedingungen geknüpft ist und enttäuschte Menschen das (nicht unbeachtliche) Potenzial haben, die Demokratie zu Gunsten einer anderen politischen Organisationsform einzutauschen, sollte sich die Armut nicht verringern.

Die Argumentation der Oppositionsparteien: Die Konsolidierung der Demokratie ist mit Regierungswechseln verbunden. In Südafrika – wie in anderen sogenannten „tief gespaltenen Gesellschaften“, in denen zugeschriebene Identitäten oder historische Faktoren einen großen Einfluss ausüben – hat dies Auswirkungen für Oppositionsparteien. Bemerkenswert ist, dass die Opposition die größten Fortschritte in der Provinz Westkap gemacht hat, da diese Provinz in mehrerlei Hinsicht einzigartig ist. Dazu zählt, dass die Mehrheit der Bevölkerung bezüglich der ethnischen Herkunft nicht afrikanisch ist.⁴⁴

Die Oppositionsparteien Südafrikas sind mit mehreren Problemen konfrontiert, die Einfluss für den Fortbestand der Demokratie haben. Das erste ist die Haltung des ANC. Da der ANC bis auf einige regionale Enklaven keiner ernst zu nehmenden Konkurrenz ausgesetzt ist, war er in der Lage, Oppositionsgruppen auszuschließen, zu ignorieren und zu manipulieren. Die Dominanz, die der ANC in der afrikanischen Bevölkerung und in ihren Gemeinden ausübt, erschwert es den Oppositionsparteien, sich zu organisieren und Anhänger zu finden. Eine tiefe Affinität vieler Menschen zum ANC spielt hier klar eine Rolle. (Die Afrobarometer-

Umfrage ergab, dass von den 60 %, die sich einer Partei „verbunden“ fühlten, zwei Drittel ANC-Anhänger waren. Dieser Wert ist zehnmal so hoch wie der des größten Konkurrenten, die DA.)⁴⁵ Zweitens werden staatliche Mittel dazu eingesetzt, die Anhängerschaft des ANC zu erhalten. (Ein Artikel auf der Titelseite der Sunday Times im Jahre 2009 – der nicht dementiert wurde – berichtete, dass Staatsangestellte zusammen mit ANC-Aktivisten Nahrungsmittelhilfe an arme Gemeinden verteilten, und dabei aber Menschen, die bekanntermaßen Oppositionsparteien unterstützen, diese Hilfe verweigert hatten).⁴⁶ Ferner werden Einschüchterungsversuche unternommen und Gewalt angewandt (obwohl dies nicht von der obersten Führung des ANC unterstützt zu werden scheint).⁴⁷

Bis zu den Wahlen 2009 war es die Praxis des ANC, die Opposition als irrelevant zu ignorieren. Smuts Ngonyama, zu diesem Zeitpunkt hochrangiges ANC-Mitglied, tat die Opposition in einem Interview 2004 ab und behauptete, die Wahlen fänden nur statt, um ein neues Mandat von den Wählern zu erhalten.⁴⁸ In einem ANC-Papier wurde ein „Volksvertrag“ vorgeschlagen, der unter anderem zum Inhalt haben sollte, dass die Oppositionsparteien innerhalb eines kooperativen Verhältnisses mit dem ANC zusammenarbeiten sollten – mit der impliziten Abmachung, dass sie nicht ernsthaft mit ihm um die Macht konkurrieren würden. Es bestand also zweifellos der Gedanke der Hegemonie.⁴⁹

Manchmal ist die Denkweise des ANC einfach nicht mit einer liberalen Demokratie vereinbar. Bemerkungen Mandelas anlässlich der nationalen ANC-Konferenz in Mafikeng im Jahre 1997, mit denen er effektiv die Opposition des Verrats und der Zusammenarbeit mit dem organisierten Verbrechen beschuldigte⁵⁰ sowie eine Reihe von Artikeln im Online-Parteiblatt des ANC, ANC Today, mit dem Titel „A Fundamental Revolutionary Lesson: The Enemy Manoeuvres

but it Remains the Enemy" („Eine grundlegende revolutionäre Lehre: Der Feind laviert, doch er bleibt der Feind“), sind gute Beispiele dafür. Die Opposition wurde nicht als Gruppe von Mitbürgern mit anderen Ansichten betrachtet, sondern als Aufrührer, die der ANC nur aus Großherzigkeit gewähren ließ.⁵¹

Dadurch, dass die Opposition als irrelevant oder illegitim dargestellt wurde, hielt der ANC wahrscheinlich seine Anhänger davon ab, überhaupt an einen Parteienwechsel zu denken. Dies war zu seinem Vorteil bei den Wahlen, nicht aber zum Vorteil der Demokratie im Land, denn die Wahlfreiheit der Bürger ist ein zentraler Bestandteil einer demokratischen politischen Kultur. In einer geteilten Gesellschaft, in der askriptive Identitäten sehr großen Einfluss haben, wird eine ideologische oder themenbezogene Bindung als Geisteshaltung nötig sein.⁵² Als der Ärger über die schlechte Versorgungslage oder die Misswirtschaft überkochte, lag die Reaktion auch nicht im Rahmen der demokratisch legitimierten Mittel wie beispielsweise eine andere Partei zu unterstützen, sondern bestand in gewalttätigen Protesten. Die Bevölkerung kommt kaum auf die Idee, dass sie in ihrer Rolle als Wähler ihre Loyalität auch verlagern kann.

Die Opposition selbst bemüht sich sehr, ein Rezept für anhaltenden Stimmengewinn zu finden. Die Democratic Alliance hat sich im Hinblick darauf am besten entwickelt, konnte bislang aber keine größeren Gewinne bei den afrikanischen Bevölkerungsgruppen verzeichnen. Ein Beobachter meinte mit Bezug auf die DA, dass „weiße“ Parteien das doppelte Handicap der Hautfarbe und der Kontinuität haben. Das bedeutet, man geht davon aus, dass sie „weiße Interessen“ vertreten und im vorherigen System verwurzelt sind, was sie für Afrikaner suspekt macht.⁵³ Ein Teil des Problems besteht darin, dass die Erwartungen an die Rolle von Oppositionsparteien von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich zu sein scheinen. Eine oppositionelle Botschaft kommt bei

Minderheiten gut an. In jeder Übergangsphase gibt es wahrscheinlich Menschen, die das Gefühl haben, zu kurz zu kommen. Diese sind die natürliche Zielgruppe für eine Oppositionspartei. Der DA wurde – berechtigt oder unberechtigt – vorgeworfen, die „Ängste von Minderheiten“ anzusprechen. Tatsächlich hatte dies aber einen positiven Einfluss auf die politische Kultur. Anderenorts in Afrika verhalten sich ethnische Minderheiten eher ruhig – ob es sich nun um die Weißen in Namibia und Simbabwe oder die Asiaten in Kenia handelt –, in der Hoffnung, dass man sie dann in Ruhe lässt. Das ist nicht immer der Fall. Eine wahre Demokratie würde die volle Einbeziehung aller Bürger akzeptieren, und diesen Weg haben die Minderheiten in Südafrika eingeschlagen.

Die Afrobarometer-Umfragen ergaben begrenzte Sympathien für Oppositionsparteien. Was möglicherweise von größerer Bedeutung ist: Es zeigt sich, dass es ein weitverbreitetes Verlangen nach einer Opposition gibt, die der Regierung „hilft“, bessere Arbeit zu leisten, und nicht hinterfragt und kritisiert.⁵⁴ Diese Ausrichtung wurde bereits erwähnt.⁵⁵ Sie erscheint rätselhaft. Eine Zusammenarbeit mit der Regierungspartei wird nicht dazu führen, dass eine Oppositionspartei für die Wählerschaft der Regierungspartei bei den Wahlen attraktiver wird. Diese würden bestimmt das „Original“ einer blassen Kopie vorziehen. Dies würde wahrscheinlich auch die ursprünglichen Anhänger der Partei vor den Kopf stoßen, vor allem jene, die eine „gegnerische“ Haltung verlangen, was sich gut am Beispiel der aufgelösten New National Party belegen lässt.

Im Zusammenhang mit den oben stehenden Ausführungen war einige Jahre lang der Versuch, einen nicht-konfrontativen, nicht-ideologischen „dritten Weg“ einzuschlagen, ein interessantes Charakteristikum der Oppositionspolitik. Am besten verdeutlichen dies vielleicht die Independent Democrats (ID), deren Parteiname bereits zu vermeiden

scheint, sich auf „die Seite“ des ANC oder der DA zu stellen. Dies deutet auf zweierlei Bedürfnisse vieler Oppositionswähler hin: Sie möchten einerseits einen positiven Beitrag für Südafrika leisten und „zur Problemlösung beitragen“ und andererseits aber keine Auseinandersetzung mit dem ANC auf moralisch-historischem Gebiet führen. Im Fall der ID scheint dieses Vorgehen einen beschränkten Reiz für die Zielgruppe ausgeübt zu haben. Mit dem 2006 unternommenen Versuch, dem ANC zu helfen, die Mehrheit in Kapstadt zu gewinnen, machte die ID einen großen Fehler, von dem sie sich nie wieder ganz erholte. Damit verprellte sie einen Großteil ihrer Wählerschaft. Heute scheint es, als würde die ID zum Juniorpartner der DA.

Gelten diese Annahmen auch in der heutigen Situation noch? Drei Faktoren lassen vermuten, dass der Boden für die Oppositionsparteien langsam etwas fruchtbarer wird. Erstens sind zaghafte Anfänge parteiinterner Debatten zu verzeichnen. 2009 fanden vielbeachtete Fernsehdebatten zwischen den Parteien statt. Es fiel auf, dass der ANC keinen der beiden Werbeträger ihrer Kampagne (ANC-Präsidenten Jacob Zuma und den Vorsitzenden der ANC Youth League, Julius Malema) einem solchen Redewettstreit aussetzte. Diese – leider zu selten stattfindende – Art von Interaktion fördert demokratische politische Werte (Gesprächskultur, Abwägung und Toleranz). Aber ein Anfang ist gemacht. Zweitens entstand die Partei Congress of the People (Cope), die bei den Wahlen 2009 dem ANC einige Wähler abspenstig machte und eine Herausforderung für den ANC aus seinen eigenen Reihen darstellt. Die Mittel und die Wortwahl, die gegen Cope verwendet werden können, unterscheiden sich grundsätzlich von jenen, die gegen die DA eingesetzt werden. Die Führung von Cope stammt selbst aus der „Befreiungsbewegung“. Konfrontative Oppositionsarbeit kann vom ANC nicht mehr pauschal als eine Sache der „Weißen“ oder „Minderheiten“ abgetan werden. So gerät

vielleicht die Vorstellung ins Wanken, dass eine kooperative Opposition einer konfrontativen Opposition vorzuziehen sei.⁵⁶ Der dritte Faktor ist, dass die DA zwei wichtige Machtzentren okkupiert. Möglicherweise ändert dies das Ansehen der Partei, wenn auch nur mittel- bis langfristig, und gibt ihr die Möglichkeit, auf Basis einer „Legitimierung durch Leistung“ weitere Anhänger zu gewinnen. Wenn es ihr gelingt, im Leben der traditionellen ANC-Wähler Verbesserungen zu schaffen, könnte es ihr auch gelingen, eine neue Dynamik in der politischen Kultur des Landes auszulösen.

Es ist immer riskant, Spekulationen über das Ergebnis politischer Prozesse anzustellen, doch ein kurzer Exkurs über die Entwicklung oppositioneller Kräfte in Afrika zu Beginn der 1990er-Jahre könnte hilfreich sein. Die renommierten Afrikanisten Michael Bratton und Nicolas Van De Walle:⁵⁷

„Oppositionelle Gruppen lösten die Proteste von 1990 aus und setzten damit neue Themen auf die politische Tagesordnung in Afrika. Dazu gehören die Anerkennung grundlegender bürgerlicher und politischer Freiheiten, das Ende von Willkürherrschaft und Erpressung durch den Staat sowie eine größere Transparenz und Verantwortlichkeit in der öffentlichen Entscheidungsfindung. Dass diese Staatsführungsthemen Eingang in die offene, öffentliche Debatte fanden, ist vielleicht schlussendlich der wichtigste Aspekt der Proteste von 1990. Obwohl sich nicht überall eine alternative Regierungskoalition voll entwickelte, traten die politischen Vorstellungen, die für so eine Koalition sprechen, nicht zum ersten Mal auf.“

5.3 Die abhängige Gesellschaft

In dem eindringlichen Buch „The Mbeki Legacy“ umreißt Brian Pottinger eine Dynamik, die sich im Laufe des vergangenen Jahrzehnts entwickelt hat. Es handelt sich um die sogenannte „abhängige Gesellschaft“. Er schreibt:⁵⁸

„Mehr als ein Drittel aller südafrikanischen Haushalte glaubt nun, ob zutreffend oder nicht, dass nur staatliche Hilfe ihr Überleben sichern kann. Diese Gruppe wird immer abhängiger von Subventionen, nicht umgekehrt, und das trotz beträchtlicher Anstrengungen der Regierung, Wege zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit zu schaffen. Zusätzlich ist aufgrund des Wirtschaftswachstums und aggressiver Fördermaßnahmen eine neue schwarze Mittelklasse entstanden, die in mehreren Quellen auf zwischen 400.000 und zwei Millionen Menschen – abhängig von der Definition – beziffert wird. Die Hälfte dieser Bevölkerungsgruppe glaubt, wiederum ob zutreffend oder nicht, dass ihre verbesserte wirtschaftliche Lage fast ausschließlich auf Fördermaßnahmen zurückzuführen sei.

Diese abhängigen Gruppen verlassen sich auf zwei Dinge: Erstens hat der Staat die Kapazität, effektiv einzugreifen und sie zu unterstützen, ohne die Wirtschaft zu behindern. Zweitens wächst die Wirtschaft ausreichend schnell, um sie zu finanzieren.“

Pottinger behauptet, dass es sich dabei um eine Art Populismus handelt, indem versucht wird, die Bevölkerung kurzfristig mit Waren zu versorgen, niemand jedoch weiß, wie dies langfristig aufrechterhalten werden kann.⁵⁹ Weit über 13 Millionen Menschen erhalten Sozialhilfezahlungen, weitaus mehr als die Anzahl der Einkommensteuerepflichtigen. Der bekannte Wirtschaftswissenschaftler Mike Schüssler bezeichnete dies als der Welt größten Wohlfahrtsstaat.⁶⁰ Der ANC versprach, die Bezugsberechtigung für Beihilfen zu erweitern sowie eine Krankenversicherung und Rentenversicherung für alle einzuführen.

Dass eine Mentalität der Abhängigkeit gegeben ist, wird durch eine Afrobarometer-Umfrage bestätigt. Über die Hälfte der Südafrikaner sehen die Regierung als eine Art Elternteil an, der sich um seine Kinder kümmern muss und nicht als einen Dienst-

leister, der seine Bürger bedienen muss.⁶¹ Auf der Ebene der politischen Kultur treibt dies die Politik unweigerlich in einen Prozess von Rechtsansprüchen. Moeletsi Mbeki argumentierte in dieser Hinsicht, dass ANC-Anhänger oft arbeitslos und Bezieher von staatlichen Beihilfen sind sowie keine höhere Schulbildung besitzen (wahrscheinlich eine Bemerkung bzgl. der geringen Aussichten auf Mobilität). Er vertritt die Ansicht: „Die ANC-Wähler wählen die Partei nicht aus ideologischen oder politischen Gründen, sie wählen sie in erster Linie aufgrund ihrer materiellen Abhängigkeit vom ANC-kontrollierten Staat.“⁶² Dadurch erhöht sich auch der Einsatz des Staates als Preis. Menschen, die meinen, ihr Überleben oder ihr Lebensstandard hänge von ihrem Verhältnis zur politischen Macht ab, werden sich möglicherweise stark dagegen wehren, dass ihre Partei, die sie unterstützt, durch eine andere ersetzt werden könnte, und sind möglicherweise geneigt, nicht mehr von der Verfassung abgedeckte Handlungen zu dulden, um dies abzuwehren.

Eine Ironie des Wachstums des Wohlfahrtsstaates ist, dass diese Entwicklung die zukünftige Handlungsfreiheit beschränkt. Wurde eine Berechtigung erst ausgesprochen, ist es fast unmöglich, sie wieder zu entziehen. In dem Fall, dass so eine Berechtigung (wie im Fall von Rentenbezügen) extreme Armut abfängt, können die sozialen Kosten die wirtschaftliche Ersparnis jedenfalls weit übersteigen. Der Punkt ist, dass künftige Regierungen, egal welcher Couleur, dieses System wahrscheinlich aufrechterhalten werden müssen. In dem Ausmaß, in dem diese Hilfe die Bereitschaft, sich selbst zu bemühen, verringert hat, werden dies Kosten sein, die zu Lasten zukünftiger Generationen gehen. Die Wohlfahrt wird kein vorübergehender Behelf sein.

Die Frage ist, ob der Staat in der Lage sein wird, diese Politik beizubehalten (die Fragen der Finanzierung und der Kapazitäten, auf die Pottinger hinweist) und auf eine Art

zukunftsfähige Basis zu stellen. Es liegt eigentlich auf der Hand, dass mit den gegenwärtig vorhandenen Mitteln keine Krankenversicherung und keine Rentenversicherung bezahlt werden können. Das Steueraufkommen reicht zur Finanzierung nicht aus, es sei denn, die Steuern werden auf ein enorm hohes Niveau angehoben. Das ist unwahrscheinlich, aber in Zusammenschau mit einigen populistischen Aussagen seitens des ANC nicht gänzlich ausgeschlossen. Sollte dies geschehen, würde allerdings die Wirtschaft zusammenbrechen.

Eine letzte Überlegung in diesem Zusammenhang ist das Streben des ANC nach einem dirigistischen Staat, einem sogenannten Entwicklungsstaat, der aggressiv interveniert, um die wirtschaftliche Entwicklung zu steuern. Dies fußt auf dem Erfolg der jungen asiatischen Industriestaaten, bei denen man davon ausgeht, dass die Industriepolitik eine signifikante Rolle in ihrem Aufstieg spielte. Anthony Butler von der Universität von Witwatersrand argumentiert, dass die „Linke“, der diese Vorstellung am besten gefällt, verstehen muss, dass es höchste Priorität haben muss, die Funktionsfähigkeit des Staates sicherzustellen. In vielen Bereichen funktioniert der südafrikanische Staat jedoch nicht. Das Finanzministerium oder „Technokraten“ anzugreifen, die zur Umsichtigkeit aufrufen und davor warnen, sich zu übernehmen, ist selbstzerstörerisch, da ein nicht funktionierender Staat keine Entwicklung vorantreiben kann.⁶³

Wenn die abhängige Gesellschaft in eine sich entwickelnde Gesellschaft übergehen soll, ist dazu ein leistungsfähiger Staat nötig und – im Sinne der akademischen Betrachtung dieses Themas – ein Staat, der sich nicht durch die Interessen einzelner Gruppen „ver-einnahmen“ lässt. Dazu wären eine tiefgreifende „technokratische“ Reform des südafrikanischen Staats und die Einstellung von Initiativen zur Förderung von parteipolitischen Zielen oder der Vetternwirtschaft nötig. Ob dies dem ANC oder seinen Verbündeten politisch gefallen würde, ist fraglich.⁶⁴

5.4 Die Partei und der Staat

Der zentrale Punkt, was die Rolle von Befreiungsbewegungen betrifft, ist die Ansicht, dass sie sich nicht von der Staatsmacht lösen können. Sie haben das Recht, den Staat entsprechend zu regieren und umzubauen. Die Verfassung Südafrikas ist in Bezug auf die Rolle des öffentlichen Dienstes und der Sicherheitskräfte sehr klar formuliert. Sie müssen professionell sein, sie sollten dem Staat und dem Landesvolk dienen, nicht aber der Beförderung von Parteieninteressen.

Obwohl der ANC dies anfänglich zu akzeptieren schien, verschrieb er sich später einem Programm der „Kader-Entsendung“, im Rahmen dessen Aktivisten in Positionen in staatlichen Stellen, der Wirtschaft und der bürgerlichen Gesellschaft „entsandt“ werden und von ihnen erwartet wird, diese Positionen zu Gunsten der Ziele des ANC zu nutzen: „Ihr seid nicht erst nach Dienstschluss ANC-Mitglieder“.⁶⁵ Carl Niehaus, ein ehemals hochrangiges ANC-Mitglied, sagte, dass „blinde Linientreue und Treue gegenüber der Parteiführung erwartet wurde, und dass die Justizbehörden und die demokratischen Institutionen des Staates nur Instrumente zur Ausführung der Politik des ANC sein sollten“.⁶⁶ Der ANC sah dies als ein Mittel an, durch das er „Schaltstellen der Macht“ besetzen konnte, darunter die Justiz, den Rundfunk, den öffentlichen Dienst und die Sicherheitskräfte.⁶⁷

Es ist nicht klar, wie weit verbreitet diese Praxis tatsächlich ist. Dass es diese Praxis gibt, ist unstrittig. Es herrscht Einverständnis, dass sie schlimme Folgen nach sich gezogen hat.⁶⁸ Die kommunalen Verwaltungen zeigten sich besonders anfällig.⁶⁹ Zahlreiche Kommentatoren haben das Versagen staatlicher Institutionen mit diesem Programm in Verbindung gebracht und seine Einstellung gefordert. In einem Gerichtsurteil von 2009 wurde das Programm in der Tat implizit als ungesetzlich beurteilt.⁷⁰ Der ANC für seinen

Teil hat sich nochmals zur „Entsendung“ bekannt, betonte allerdings, dass die „Entsandten“ künftig einschlägig qualifiziert sein werden. Nachdem dieselben Versprechen bereits gemacht wurden, als das Programm begonnen wurde,⁷¹ stiftet dies kaum Zuversicht.

Dieses Programm kompromittiert nicht nur die Unabhängigkeit der Institutionen, sondern führt auch zu Unwirtschaftlichkeit – mit einigen schwerwiegenden Fällen – und schuf fruchtbaren Boden für Korruption und Mittelmaß. Brian Pottinger bemerkt:⁷²

„Kaum war das Gebäude errichtet, begann es einzufallen, was unvermeidlich war. Die Gründe liegen auf der Hand. Der ANC hatte nicht ausreichend Fachleute, um die eigene Partei effizient zu steuern und die ganze Nation schon gar nicht. Zweitens führte die Entsendung unerfahrener Parteimitglieder in öffentliche Ämter zu einem Ansehensverlust der Ämter selbst. ...

Doch die schwerwiegendsten Auswirkungen der Entsendung wurden offenbar, als die eine Partei in dem (de facto) Einparteienstaat im Vorfeld der Wahl der Parteiführung 2007 auseinanderbrach. Als man innerhalb des Verwaltungsapparates begann auszuzählen, wer für Mbeki und wer für Zuma war, brach die ohnehin bereits geschwächte Professionalität des öffentlichen Dienstes endgültig ein. Als die Generaldirektoren sich dadurch bedeckt hielten, Entscheidungen bezüglich strittiger politischer Themen aufzuschieben, war sogar die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes als solche in Gefahr.“

Die Rolle und der Gebrauch der Sicherheitskräfte ist eine weitere Sorge. Kenneth Dombrowski, ein amerikanischer Experte für zivil-militärische Beziehungen, zeigte sich besorgt über Entwicklungen in Südafrikas Geheimdiensten, die sie in größere Nähe zum Präsidenten und dem ANC zu rücken schienen.⁷³ Diese Sorge stellte sich wohl als begründet heraus, da Behauptungen laut wurden, es gebe Auseinandersetzungen

zwischen Geheimdienst- und Sicherheitsdienstpersonal über die Führungsnachfolge im ANC. Andere Beobachter äußerten ähnliche Besorgnis.⁷⁴ Außerdem gibt es zahlreiche Vorwürfe (zu denen es einige Beweise gibt), dass Sicherheitsfirmen möglicherweise gegen Oppositionsparteien vorgegangen sind oder im Interesse von bekannten ANC-Mitgliedern gehandelt haben. Dies wird belegt durch einen Fall, in dem ein hochrangiger Polizeibeamter ein gegen Tony Yengeni – einen prominenten ANC-Politiker, der noch eine Bewährungsstrafe abzuleisten hatte – geführtes Verfahren wegen Alkohols am Steuer absichtlich verwickelte.⁷⁵

Vergangenes Jahr wurde außerdem berichtet, dass ANC-Vertreter ein hochrangiges ANC-Mitglied zum National Director of Public Prosecutions (etwa dem Äquivalent des Generalbundesanwalts) ernennen wollten, um sicherzustellen, dass keine ANC-Mitglieder gerichtlich verurteilt würden.⁷⁶ Das Amt wurde schließlich Menzi Simelane verliehen, der allgemein auf Skepsis stieß, da er im Ruf stand, die Bedeutung der Unabhängigkeit seines Amtes nicht ausreichend zu schätzen, und seine Verantwortung lediglich als „Entsandter“ wahrzunehmen.⁷⁷

Das oben Gesagte spiegelt die politische Kultur innerhalb des ANC und deren Einfluss auf die Amtsausübung wider. Welchen Einfluss hat dies auf die normale Bevölkerung? Gemäß der SARB-Umfrage (South African Reconciliation Barometer) ist das Vertrauen in fast alle Institutionen gesunken. Zwischen 2006 und 2009 sank das Vertrauen in Parteien von 48 % auf 34 %, in die Präsidentschaft von 77 % auf 52 %, in die nationale Regierung von 73 % auf 54 % und in die Lokalverwaltungen von 50 % auf 39 %. (Interessanterweise haben religiöse Institutionen, die Printmedien und Großunternehmen – als Institutionen, die nicht von der Regierung kontrolliert werden und häufig deren Zorn zu spüren bekommen – ihre Position gehalten. 64 % der Südafrikaner vertrauen der Wirtschaft. Für eine Gesellschaft,

deren Regierungspartei ein zum Teil marxistisch-leninistisches Erbe hat, ist dies bemerkenswert.⁷⁸⁾ Die Umfragewerte zu den Parteien sind wichtig, denn die Ergebnisse beziehen sich nicht nur auf die Regierungspartei, sondern allgemein auf alle.⁷⁹⁾

Was bedeutet das? Die Folgen lassen sich in zwei Hauptkategorien einteilen. Die Ausrichtung staatlicher Institutionen auf eine Linie mit dem ANC verleiht dem Staat als politischem Preis eine größere Bedeutung und stärkt die Entschlossenheit jener, die von ihrer Kontrolle des Staates oder aus ihrem Verhältnis zum Staat profitieren, sich allen Herausforderungen zu stellen (wie bereits im Abschnitt 5.3 „Die abhängige Gesellschaft“ ausgeführt). Eine Gruppe von Beobachtern argumentierte: „Zu dem Zeitpunkt, an dem sich die Wähler endlich gegen den ANC wenden, wird eine neue Oberschicht entstanden sein, deren Privilegien, Position und Immunität vor Strafverfolgung allesamt davon abhängen, dass die amtierende Regierungspartei an der Macht bleibt.“⁸⁰⁾

Die zweite und unmittelbarere Folge betrifft die Funktionsfähigkeit des Staates und die Auswirkungen seines Versagens. In Südafrika kommt es gegenwärtig zu Protesten gegen die schlechte Versorgungslage, die in gewisser Hinsicht an die 1980er-Jahre erinnern. Die Gründe dafür sind vielschichtig. In einigen Gegenden ist die Lokalverwaltung völlig zusammengebrochen oder wird als korrupt angesehen. Anderenorts (in größeren Städten) führt ein gewisses Maß an Erfolg zu größeren Erwartungen, die aber nicht erfüllt werden können. Man lässt seinen Zorn an Vertretern des Staates wie z. B. Stadträten aus. In manchen Fällen spielen angeblich parteiinterne Angelegenheiten eine Rolle, wenn Politiker sich zur Übernahme von Ratsposten aufstellen lassen und unterschwellige Unzufriedenheit nutzen, um Anhänger zu mobilisieren. Die Entsendung von Kadern mag nicht der einzige Grund für diese Probleme sein, ist aber zweifelsohne ein verstärkender Faktor.

Gleichzeitig bleibt die Gewalt ein konstanter Faktor in Südafrikas Gesellschaft. Der Afrobarometer-Bericht für 2008 hatte zum Ergebnis, dass zwar 79 % der Südafrikaner Gewalt als politisches Instrument ablehnen, es aber trotzdem einen Bevölkerungsteil (zwischen etwa 10 % und 20 %) gibt, der tatsächlich oder möglicherweise Gewalt einsetzen würde. Dr. Yunus Carrim, stellvertretender Minister für kooperative Staatsführung und traditionelle Angelegenheiten (Cooperative Governance and Traditional Affairs), sagte kürzlich, es bestünde eine Gefahr, dass Versorgungsengpässe und der Fortbestand der Armut zur Entstehung einer Klasse von Außenseitern des demokratischen Systems führe.⁸¹⁾ Damit hat er recht. Weitere gewalttätige Proteste könnten das gesamte Land stark belasten; die Armen und Ausgeschlossenen könnten die Demokratie endgültig ablehnen und sogar dem Staat seine Daseinsberechtigung absprechen. Die Wahrscheinlichkeit, dass es so weit kommt, steigt mit einem Mangel an Professionalität und Leistungsvermögen des Staates, die durch das politische System gefördert werden.

5.5 Führung

Führung ist wichtig für eine politische Kultur, da sie eine Beispiel- und Vorbildfunktion für die Menschen hat. In der Ausübung von Führung muss ein Anführer manchmal harte und unbeliebte Entscheidungen treffen, was ihm einen höheren Verhaltensstandard abfordert. Durch die Ausübung einer solchen Autorität können die Wertvorstellungen der Menschen beginnen, sich zu verändern und im Zuge dessen auch die normativen Annahmen, die ihrem Verhalten zugrunde liegen.

Südafrika hatte das Glück, dass sich seine Führerschaft während der Übergangszeit in Schlüsselmomenten umsichtig verhalten hat. Dies sollte man weder romantisieren noch sollte man Kritik an den Ergebnissen der diversen Verhandlungsprozesse zurückweisen. Anführer sind schließlich Menschen und fehlbar.

Die zentrale Frage in diesem Zusammenhang ist, inwiefern die Führung des Landes die Entwicklung einer liberal-demokratischen politischen Kultur fördert. Die Entwicklung ist nicht konstant. Messianische und charismatische Führungsstrukturen sind seit langer Zeit ein Faktor in der Politik Südafrikas. In der Zeit nach 1994 war Nelson Mandela äußerst beliebt – man unternahm bewusst Versuche, die Politik auch um Mbeki herum zu personalisieren – und Zumas Aufstieg konzentrierte sich stark auf ihn als Einzelperson. Es ist nicht quantifizierbar, wie wichtig Persönlichkeit im politischen System Südafrikas ist, vor allem wenn man dies in Bezug zu den unterschiedlichen Identitäten der Parteien setzt. (Würden die Menschen noch immer eine Partei wählen, wenn sie deren Vorsitzenden verabscheuen?) Sie spielt jedoch durchaus eine Rolle. Mbekis Niedergang ist auf zahlreiche Faktoren zurückzuführen. Allerdings zählte sein Unvermögen, die einfachen Bürger anzusprechen, gewiss zu diesen Faktoren. Zuma war im Gegensatz dazu als Person sehr populär – „100 % JZ“ stand auf T-Shirts gedruckt. Zahlreiche Beobachter sagten, er wurde als ein Mann des Volkes angesehen, der die Anliegen der Bevölkerung in einer Weise verstand, wie Mbeki dies nicht konnte. Ähnliche Stimmungen könnten auch zukünftig ausgenutzt werden – sei es innerhalb des ANC oder durch Gruppen außerhalb, die sich Unzufriedenheit im Inneren zu Nutze machen.

Die Personalisierung der Führerschaft und starke Exekutiven sind in Afrika nicht ungewöhnlich. Dies könnte ein wichtiges Element der Schwierigkeiten sein, die diese Gesellschaften bei der Einführung der Demokratie haben. Die Personalisierung der Führerschaft ist eigentlich ein Zeichen mangelnden Vertrauens in Institutionen,⁸² und daher für eine liberale Demokratie problematisch.

Bezüglich der Führung des ANC hat sich ein weiteres Problem ergeben: Charismatische,

personalisierte Autorität ist naturgemäß instabil. Mbeki wurde es, vor allem in Teilen der Partei, übelgenommen, dass er den ANC mit straff gespannten Zügeln geführt hat, Zuma dagegen scheint in der Lage zu sein, zu allen freundschaftliche Beziehungen zu pflegen, allerdings auf Kosten von tatsächlicher Richtungsweisung und Führung. Alec Russell von der Financial Times kommentierte, dass „die größte Gefahr unter Zuma nicht die eines plötzlichen ideologischen Umschwungs, sondern die eines Führungs- und Machtvakuum“ sei.⁸³ Dies scheint sehr treffend zu sein. In dieser Situation stehen die Türen für diverse Parteifürsten offen, eine größere Führungsrolle für sich zu beanspruchen, manchmal auch in direkter Konkurrenz zu anderen. Am deutlichsten wahrnehmbar hat bislang der Vorsitzende der ANCYL, Julius Malema, diese Rolle gespielt. Er ist in Südafrika höchst umstritten, und laut Berichten auch innerhalb des ANC.⁸⁴ In der Partei besteht ein beträchtliches Potenzial für destabilisierende Querelen.

Was hält die normale Bevölkerung Südafrikas von solchen Vorgängen? Die Ergebnisse der letzten South African Reconciliation Barometer-Umfrage zeigten während der vergangenen Jahre einen anhaltenden Rückgang des Vertrauens der Öffentlichkeit in die Präsidentschaft.⁸⁵ Es ist allerdings nicht möglich, diese Ergebnisse in ihrer kompletten Struktur zu erfassen: Wahrscheinlich sind sie ein Zeichen einer gewissen Desillusionierung, die ebenso gefährlich ist wie bedingungsloser Gehorsam. Am ehesten kann man die Lage so beschreiben, dass in der politischen Kultur Südafrikas der Respekt vor Führern ziemlich groß ist, aber nicht grenzenlos und insgesamt abnimmt. Weitere Untersuchungen wären nützlich, um die Natur und Tragweite dieses Rückgangs exakter zu bestimmen: Führt die Entwicklung zu einer wachsenden, gesunden Skepsis, die Forderungen für die Rechenschaftspflicht produzieren könnten; handelt es sich um Desillusionierung, die zu Protesten oder zu Apathie führen könnte; oder bedeutet dies

die Möglichkeit eines Aufstiegs charismatischer, populistischer Figuren mit Rückhalt durch Splittergruppen oder mit einer regionalen Machtbasis, die um die Macht konkurrieren? Ist das Phänomen „Malema“ ein Fingerzeig für die Zukunft?

5.6 Populismus

Populismus ist ein schlecht verstandenes Konzept. Es bezieht sich nicht nur auf den Gebrauch von Popularität als politische Waffe, sondern es handelt sich um eine Weltansicht, die die Gesellschaft in entgegengesetzte und unversöhnliche Lager teilt. Es stellt die Guten (die Armen, die Unterdrückten) gegen die Bösen (die Reichen, die Unterdrücker, die Oligarchie) auf. Eine populistische Strategie ermuntert die Guten, für ihre Rechte einzutreten und sich gegen die Bösen durchzusetzen. Typischerweise beruht das Konzept auf einem charismatischen Führer, der die Hoffnung verkörpert.⁸⁶ Aufgrund von Afrikas Geschichte schreitet seine politische Kultur förmlich nach Populismus. Das Erbe ethnischer Ungerechtigkeit, extremer Ungleichheit, des Moralismus und eine Restverbundenheit krudem Marxismus gegenüber liefern die nötigen Grundlagen, auf denen eine populistische Antwort aufgebaut werden kann.

Der ANC ist eine klassenübergreifende Bewegung. Der Zugang zu staatlichen Arbeitsplätzen, Ausschreibungen und allgemeine, fördernde politische Maßnahmen sowie eine größere Offenheit für Schwarze in der Wirtschaft haben einen Teil seiner Wählerschaft sehr vorangebracht. Für einen größeren Teil sind die Verbesserungen bescheidener, und für einige ziemlich ernüchternd. Große Probleme sind entstanden infolge übertriebener aktiver Förderungsmaßnahmen, ungeeigneter politischer Stellenbesetzungen und massiver Vetternwirtschaft und Korruption.⁸⁷ All diese Faktoren erfüllen allerdings in gewissem Ausmaß eine Rolle im Erhalt der ANC-Koalition, sei es nun aus

Gründen der Vetternwirtschaft oder der Ideologie. Die Folge ist ein Staat, der Schwierigkeiten hat, seinem Mandat gerecht zu werden.

Einen Ausgleich zwischen diesen Interessen zu schaffen bedeutet, dass man eine breite Masse ansprechen muss und Erklärungen für Fehlschläge finden muss, die die inhärenten Widersprüche und Schwächen dieser Koalition umgehen. Das Ergebnis, wie Moeletsi Mbeki kürzlich im Fernsehen sagte, ist, dass der ANC sich für einen populistischen Ansatz entschieden hat, und Sündenböcke braucht, auf die er seine Schwächen abwälzen kann.⁸⁸

Der Begriff „Populismus“ ist in Südafrika unweigerlich mit Jacob Zuma verbunden. Das stimmt bis zu einem gewissen Punkt.⁸⁹ Natürlich konzentrierte man sich auf ihn bei der Kampagne gegen Thabo Mbeki, der nicht die Fähigkeit hatte, sich auf das Niveau seiner Wählerschaft „herabzulassen“. Zuma, ein „Mann des Volkes“, „100 % Zulu Junge“ mit einer guten Singstimme und Volksnähe, hatte damit keine Probleme.⁹⁰ Gewiss, Zuma scheute sich nicht, Ansichten zu äußern, die bei der aufgeklärten Bevölkerung für Aufregung sorgten, bei seiner Gefolgschaft jedoch Anklang fanden. Beispielsweise erklärte er zu der Zeit, als er noch als ANC-Politiker Wahlkampf um den Parteivorsitz betrieb, vor Publikum, dass er der Vorstellung einer Eheschließung zwischen Homosexuellen kritisch gegenüberstehe, und dass er als junger Mann jeden Homosexuellen niedergeschlagen hätte, der es gewagt hätte, vor ihm zu erscheinen.⁹¹ Dass jemand, der sich um ein hohes Amt bewarb, fast Gewalt gegenüber Menschen einer verfassungsrechtlich geschützten Zusammengehörigkeit befürworten konnte, war beunruhigend. Doch Zumas Äußerung entspricht der Denkweise seiner Anhängerschaft. Homosexualität ist für viele Südafrikaner sozial so inakzeptabel, dass es bereits zu Vergewaltigungen von Lesben kam, um sie zu „korrigieren“. Es handelt sich in der Tat um einen Passus der

Verfassung, der vielen (den meisten?) Südafrikanern ein Dorn im Auge ist. Diesen Gefühlen freien Lauf zu lassen, festigt die Verbindung zwischen einem populistischen Führer und seiner Gefolgschaft.

Beschreibungen von Populismus in Lateinamerika – der Region, die am ehesten damit in Verbindung gebracht wird – betonen, dass keine Institutionalisierung vorliegt, d. h. Populismus funktioniert selten auf der Grundlage einer richtigen oder permanenten Parteistruktur. In Südafrika ist das anders. Der Populismus ist nicht auf einen zentralen Anführer, sondern auf eine institutionalisierte Partei hin ausgerichtet. Charismatische Führungsqualitäten spielen eine Rolle, wie bei Juan Peron in Argentinien und gegenwärtig Hugo Chavez in Venezuela, doch die Situation spielt sich hier vor dem Hintergrund und mit den dazugehörigen Leitmotiven und dem Nimbus des ANC ab.

Elemente einer populistischen Denkweise waren seit der Wiederzulassung des ANC wahrnehmbar. Die Vorstellung, dass Kräfte im Verborgenen an der Destabilisierung des ANC arbeiteten, wurde in den kompletten 1990er-Jahren standardmäßig immer wieder thematisiert. Dies hat zwar mittlerweile nachgelassen, ist aber nicht völlig verschwunden. Ein Beispiel: Vor den Kommunalwahlen des Jahres 2006 gab es in Kapstadt regelmäßig Stromausfälle. Dies wurde zum Teil durch Probleme im lokalen Atomkraftwerk verursacht. Am Tag vor der Wahl wandte sich der damalige Minister für Staatsunternehmen (Public Enterprises), Alec Erwin, an die Medien und deutete an, es handle sich um Sabotage.⁹² Wie zu erwarten war, hob der öffentliche Rundfunk seine Erklärung vor anderen Nachrichten hervor. Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, dass diese „Sabotage“ irgendetwas mit den Wahlkampfgegnern des ANC zu tun hatte, und dass es im Umkehrschluss fast eine Frage des nationalen Überlebens war, dass der ANC durch die Wahl im Amt zu bestätigen war. In diesem Fall wurden nie irgend-

welche Saboteure identifiziert oder strafverfolgt.⁹³ Man kann dies eigentlich nur als opportunistisch ansehen. Dieser Fall ist ein gutes Beispiel dafür, wie man zur Lösung eines Problems mit großer politischer Tragweite auf Populismus zurückgreift.

Kein Thema eignet sich allerdings so sehr zur Veranschaulichung populistischer Ansätze wie die Stellungnahmen zur Agrarreform. Dazu muss man wissen, dass die landwirtschaftliche Landreform – laut Umfragerwerten – für die Südafrikaner nicht zu den dringendsten Problemen zählt. Das Thema wird von der Besorgnis um Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum und Einkommensentwicklung überschattet.⁹⁴ Für ländliche Kommunen ist es ein wichtiges Thema, das potenziell weitreichende Auswirkungen auf den ländlichen Arbeitsmarkt und die Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung hat. Das Thema verdient also Aufmerksamkeit. Aber es stellt keine umfassende Lösung für das Armutsproblem und die Arbeitslosigkeit in Südafrika dar. Weltweit zeigt sich, dass die Bevölkerung, wenn sie erst einmal in Städten lebt, nicht zurück aufs Land geht, jedenfalls gewiss nicht zurück zu kleinen Landwirtschaften oder sogar reiner Selbstversorgung. Dazu kommt, dass laut des zuständigen Ministers etwa 90 % der Landreformvorhaben fehlgeschlagen sind.⁹⁵ Das zur Leitung von kommerziellen landwirtschaftlichen Unternehmen nötige Fachwissen ist Mangelware, und Südafrika hat keinen ordentlichen landwirtschaftlichen Beratungsdienst zur Unterstützung von Berufsanfängern.

Das Land ist in Südafrika allerdings ein potentes politisches und historisches Thema. Das Land wurde sowohl durch den weißen als auch durch den afrikanischen Nationalismus mythologisiert, sogar als sich die eigenen Gemeinden zu Städten entwickelten. Zur Veranschaulichung: die Bezeichnung „Boer“ heißt wörtlich „Bauer“. Möglicherweise aufgrund der Assoziation von Bauern und auf dem Land lebenden Weißen mit dem weißen

Nationalismus und mit generell konservativer politischer und sozialer Einstellung, spürt man seitens vieler ANC-Politiker einfach eine starke Abneigung gegenüber den Landwirten als Bevölkerungsgruppe. Ein Schlachtruf, den ein ehemaliger Leiter der Jugendorganisation des ANC populär machte, lautete tatsächlich: „Kill the Boer, kill the farmer“ („Töte den Buren, töte den Bauern“). Es gab mehrere Fälle, in denen die Führung des ANC Landwirte für gegen sie begangene Gewalttaten selbst verantwortlich machte und eine solche Gewaltanwendung auf die rassistische Einstellung der Landwirte und die Misshandlung ihrer Arbeitskräfte schob. In einem Fall feuerte Nicolas Steyn, ein Bewohner einer kleinen Siedlung nahe Benoni, fahrlässig eine Schusswaffe ab und tötete dabei ein schwarzes Kind. In der verurteilenden Berichterstattung wurde er regelmäßig als „Farmer“ bezeichnet,⁹⁶ obwohl er weder auf einem landwirtschaftlichen Anwesen wohnte, noch in der Landwirtschaft arbeitete.

Die Schwierigkeiten mit der Rentabilität und Nachhaltigkeit der Landwirtschaft wurden häufig sträflich missachtet. In einem beachtenswerten Fall sagte die ehemalige Landwirtschaftsministerin (Agriculture and Land Affairs), sie hoffe, die Landpreise würden verfallen, so dass die Farmer ihre Betriebe aufgeben müssten und das Land neu verteilt werden könne.⁹⁷ Tatsache ist, dass das Land den Lebensunterhalt der Bauern sichert und dass Landwirtschaft ohne Land nicht möglich wäre. Es wird sehr offenkundig ein manichäischer Kampf geführt. Das Eingeständnis (zumindest in der Öffentlichkeit), dass der gewählte Ansatz Einschränkungen unterliegt, ist hingegen nicht offenkundig.

Populismus in der Volkswirtschaft ist ein umstrittenes Konzept. Einige Wissenschaftler sind der Ansicht, er ist von begrenztem Nutzen. Hier wird allerdings die Ansicht vertreten, dass Populismus in der Volkswirtschaft als eine aggressive, umverteilende Wirtschaftsstrategie anzusehen ist, die darauf

abzielt, eine grundlegend politische Agenda umzusetzen. Auf der sprachlichen Ebene – bislang wurde diese Ebene noch nicht überschritten – ist dies eine gute Beschreibung des vom ANC bezüglich der Landreform verfolgten Ansatzes. Zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Essays liegen schriftliche Vorschläge vor, dass alles landwirtschaftlich nutzbare Land zu „nationalem Vermögen“ erklärt werden sollte. Es gibt zahllose Appelle durch hochrangige ANC-Mitglieder und Regierungsvertreter, die Freiwilligkeitsklausel „willing buyer – willing seller“ (Käufer einverstanden – Verkäufer einverstanden) im Landreformprogramm zu streichen und durch Enteignung zu ersetzen. Die wirkliche Position der Regierung zu diesem Themenkomplex ist unklar. Ihre Handlungsweise ist bisher zurückhaltend, in mancherlei Hinsicht ziemlich wirkungslos, doch sie scheint entschlossen zu sein, „radikale“ und aggressive Vorschläge voranzutreiben. Eine Interpretation ist, dass die Regierung und die Ministerialabteilung Landangelegenheiten (Land Affairs) diese Haltung nur pro forma annehmen, um Gehör zu finden und ernst genommen zu werden.⁹⁸

Die Gefahr besteht darin, diese Vorstellungen publik zu machen, Hoffnungen zu wecken und einen Rückzieher dadurch politisch schwierig zu machen. Die wirtschaftlichen Folgen wären katastrophal: Südafrika hat keinen professionellen Verwaltungsapparat, um die Zuteilung von großen Ländereien durchzuführen, geschweige denn die nach der Niederlassung nötige Unterstützung zu gewähren, an der es auch bislang schon hapert, was viele der existierenden Probleme verursacht hat. Die Nutznießer haben meist nicht die betriebswirtschaftlichen und technischen Kenntnisse, um die Produktion aufrechtzuerhalten – ein Muster, das bei Landreformprozessen anderenorts beobachtet wird.⁹⁹ Der ehemalige Finanzminister, Trevor Manuel (der von fast allen bis auf den linken Flügel des ANC sehr geschätzt wird und entschieden kein Populist ist), mahnte an, dass ein bloßes „Geld reinstecken“ das

Problem nicht lösen würde, und dass die Verwandlung toten Kapitals in rentable Unternehmen große Herausforderungen berge.¹⁰⁰ Darum geht es im Kern, doch auf diese Problematik lässt sich ein populistischer Ansatz nur sehr widerwillig ein. Die Weltbank warnt vor Umverteilungsmaßnahmen wie Landreformen, da sich diese als kontraproduktiv erwiesen haben, wenn sie dem Investitionsklima schaden.¹⁰¹

Andererseits könnte sich die politische Genugtuung, das „Land zurückerobert“ zu haben, und die Möglichkeit, es als ein Instrument der Günstlingswirtschaft zuteilen zu können (möglicherweise sogar im Hinblick darauf, es an ausländische Investoren zu verpachten)¹⁰² in der Tat als sehr groß erweisen. Ein solcher Schritt könnte sich sogar bei der breiteren Wählerschaft als populär erweisen, die zwar nicht direkt profitieren würde und keine Absicht hegt, Landwirtschaften zu betreiben, aber eine Enteignung „weißer, rassistischer Farmer“ zumindest kurzfristig als ein moralisch einwandfreies und wünschenswertes Ergebnis ansehen würde.

5.7 Aktivismus

Aktive Bürger, die sich organisieren und für ihre Rechte eintreten, sind ein wichtiger Bestandteil einer liberalen Demokratie. Südafrikas Geschichte ist reich an Beispielen dafür. Das gilt für alle Bevölkerungsgruppen. Die World Values Umfrage ergab, dass fast die Hälfte der Südafrikaner an einer legalen Demonstration teilnehmen würde und dass sich etwa ein Drittel an Boykotts beteiligen würde. Die Zahlen sind denen der Afrobarometer-Umfrage ähnlich, die zeigen, dass sich etwa derselbe Bevölkerungsanteil an einem Protest beteiligen würde, und zwei Drittel würden einen Missstand ansprechen¹⁰³ (auch wenn diese Zahlen viele Befragte miteinschließt, die dies noch nicht getan haben, aber tun „würden“). Dies deutet auf ein gesundes Niveau an aktiver Bürgerbeteiligung hin.

Das Verhältnis zwischen der bürgerlichen Gesellschaft¹⁰⁴ und dem ANC ist ein dominantes Thema. Nichtstaatliche Organisationen, Bürgergruppen und Kirchen spielten in den 1980er-Jahren in der Opposition gegen die Regierung eine wichtige Rolle. Teilweise lag das daran, dass die Regierung trotz ihrer unterdrückerischen Haltung diesen Gruppen etwas Freiraum zugestand. Es scheint, dass sie und auch der ANC während und nach dem Übergang die Erwartung hatten, dass weiterhin eine Art Bündnis oder gegenseitiges Verständnis bestehen bleiben würde, so dass die bürgerliche Gesellschaft die Regierungsvorhaben unterstützen und konstruktiv kritisieren würde. Ein Dachverband der nichtstaatlichen Organisationen – die South African NGO Coalition (SANGOCO) – wurde gegründet und mehrere seiner hochrangigen Vertreter wurden mit dem ANC in Verbindung gebracht. Man kann Spekulationen über die Motive solcher Menschen anstellen. Höchstwahrscheinlich erwarteten sie, dass der ANC als eine Art „Wegbereiter“ agieren würde, den sie im Rahmen einer Art „kritischen Solidarität“ unterstützen würden. Der ANC verkörperte möglicherweise ihre Hoffnungen und Bestrebungen – eine Ansicht, die sich nicht sehr vom Selbstbild des ANC in Bezug auf die Gesellschaft unterschied. Hier ist zu bemerken, dass Gruppen wie das South African Institute of Race Relations, das dem ANC eher kritisch gegenüber stand, nicht Mitglied des SANGOCO wurden.

Innerhalb dieses Verhältnisses kam es zu Spannungen, als offenkundig wurde, dass die Interessen der „bürgerlichen Gesellschaft“ nicht immer mit denen des ANC als Regierungspartei übereinstimmten. Als ein besonderer Streitpunkt stellte sich die Versorgungslage und finanzielle Belastung der Lokalverwaltungen heraus. Die Kommunen versuchten nun, durch das Abstellen von Wasser und Strom und das Eintreiben von Gebühren, eine Kreditkontrolle durchzusetzen. Aktivisten in armen Gemeinden – einige davon vom ANC selbst – wehrten sich

dagegen, schlossen illegal Stromleitungen wieder an und protestierten. Von außen betrachtet scheint das Verhältnis heute eher distanziert zu sein, zumindest was den ANC als Regierung angeht. Ein ähnliches Beispiel für ein gespanntes Verhältnis ist das zwischen dem ANC und dem südafrikanischen Kirchenrat, dem South African Council of Churches, der früher als „ANC beim Gebet“ beschrieben wurde.¹⁰⁵

Eine Folgeerscheinung dieser Konflikte ist der wachsende Zulauf, den „soziale Bewegungen“ verzeichnen. Diese Bewegungen sind dem ANC seit einigen Jahren ein Dorn im Auge.¹⁰⁶ Ihre Anhängerschaft beziehen sie aus der des ANC und haben so effektiv die Glaubwürdigkeit des ANC als Vertreter der „Linken“ in Frage gestellt. Das Verhältnis zwischen dem ANC und diesen Bewegungen ist schwer zu beschreiben. Reibereien zwischen dem ANC und einigen dieser Gruppen haben Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Man sprach von gewalttätigem Einschreiten des Staates. In Durban gab es beispielsweise Behauptungen, die lokalen ANC-Machthaber hätten die Polizei gegen eine Bewegung von Bewohnern von Elendsvierteln namens Abahlali baseMjondolo eingesetzt.¹⁰⁷ Andererseits scheint es auch eine Denkweise zu geben, die sich weiterhin dem ANC als Partei verbunden fühlt, diese jedoch vom Staat unterscheidet oder, alternativ, Teile des ANC und seines Bündnisses als ihre natürlichen Verbündeten ansieht (in dieser Position finden sich wohl auch die im SANGOCO zusammengeschlossenen nicht-staatlichen Organisationen). Gewiss hat noch niemand in Erwägung gezogen, dass die sozialen Bewegungen gemeinsame Sache mit beispielsweise der DA machen könnten. Da sich diese Bewegungen selbst generell als „links“ einordnen, gibt es Spekulationen, dass sie sich zusammen mit den Gewerkschaften zu einer neuen linken Oppositionspartei zusammenschließen könnten, die das politische Potenzial der armen schwarzen Bevölkerung und der Arbeiterklasse nutzt.¹⁰⁸ Mit der teilweisen Ausnahme der Bewegung „Ope-

ration Khanyisa“, die im Stadtrat von Johannesburg vertreten ist, stellen die sozialen Bewegungen keine wirkliche Konkurrenz an den Wahlurnen dar.

Die einflussreichste Bewegung dieser Art ist vielleicht die Treatment Action Campaign (TAC), die aufgrund ihrer Aktivitäten rund um das AIDS-Problem weltweit bekannt wurde. Es kam zu einer Konfrontation mit der Regierung Thabo Mbekis wegen ihrer AIDS-Politik. Dies hatte heftige Gegenwehr zur Folge, die häufig einen rassistischen Beiklang hatten (einige der prominentesten Aktivisten der TAC sind weiß und farbig). Einige der solchermaßen angegriffenen Aktivisten waren trotz alledem ANC-Mitglieder und bekräftigten ihre Loyalität.¹⁰⁹ Dies zeigt anschaulich, wie groß die politische Verbundenheit zahlreicher Aktivisten mit dem ANC ist. Dieser Widerwille, das eigene Stimmrecht als Mittel des Protests einzusetzen, erweist sich in einer liberalen demokratischen Kultur jedoch als zutiefst problematisch.

Die etablierteren und institutionalisierten nichtstaatlichen Organisationen (wie beispielsweise das South African Institute of Race Relations, das Centre for Policy Studies und das Institute for Democracy in South Africa) mussten sich nach 1994 an neue Gegebenheiten anpassen. Sie haben den größeren demokratischen Freiraum genutzt, um die Politik zu beeinflussen und Kritik zu üben, was zu unterschiedlichen Ergebnissen führte.¹¹⁰ Geldmittel aus dem Ausland sind in diesem Zusammenhang wichtig. Spendegeber vor Ort könnten die gegenwärtige Bandbreite lokaler nichtstaatlicher Organisationen nicht finanzieren und würden sich außerdem wahrscheinlich ohnehin hüten, zu eng oder mit zu großer Begeisterung mit bestimmten Bestrebungen in Verbindung gebracht zu werden oder hätten einfach andere Ziele. Die Finanzierung der nichtstaatlichen Organisationen bot dem ANC oder der Regierung bereits mehrfach eine Angriffsfläche. Beispielsweise griff Nelson Mandela bei der Nationalkonferenz des ANC in Mafikeng

im Jahre 1997 die nichtstaatlichen Organisationen scharf an und bezichtigte sie, als Handlanger ausländischer Geldgeber zu agieren.¹¹¹ Thabo Mbeki schlug bei einer Konferenz zum African Peer Review Movement in dieselbe Kerbe.¹¹² Dieses Misstrauen spiegelt eine akute Empfindlichkeit gegen Kritik wider, und ist wohl ebenfalls eine Folge der Hegemonialbestrebungen des ANC: Der ANC hatte Schwierigkeiten, sich mit dem Gedanken anzufreunden, dass Organisationen ohne „Rückhalt im Volk“ den ANC (als gewählte Regierung) mit ihrer Kritik herausfordern könnten.

Ein Großteil des Aktivismus in Südafrika wird mit Menschen schwarzer Hautfarbe und traditionellen aktivistischen Institutionen in Verbindung gebracht. Das ist wenig überraschend. Nach 1994 engagierten sich immer mehr Menschen mit weißer Hautfarbe. Die weißen Südafrikaner waren zuvor nicht unbedingt passive Bürger gewesen, hatten sich in der Vergangenheit aber überwiegend in unpolitischen ehrenamtlichen Gruppen engagiert. Seit 1994 sind eine Reihe von Organisationen entstanden, die die Belange der weißen Bevölkerung und allgemeiner Belange von Minderheiten vertreten. In diesem Zusammenhang sollten die Gewerkschaft Solidarity und die Bürgerrechtsgruppe Afriforum genannt werden. Diese Gruppen verkörpern eine wichtige Anpassung in Südafrikas politischer Kultur. Diese Organisationen der neuen Generation bestreiten nicht die Legitimierung der gegenwärtigen Strukturen. Sie versuchen vielmehr, ihre Interessen innerhalb des durch die Landesverfassung vorgegebenen Rahmens voranzutreiben, und benutzen dabei Strategien wie beispielsweise Gerichtsverfahren und Öffentlichkeitsarbeit in den Medien, die nicht von einer zahlenmäßig großen Beteiligung abhängig sind. Die Wandlung der Mywerkers Unie, eines Zusammenschlusses zur Sicherung von Arbeitsplätzen für weiße Arbeiter, zur Gewerkschaft Solidarity ist ein bemerkenswertes Beispiel einer Anpassung nach dem Ende der Apartheid.¹¹³

Diese Gruppen haben einige Erfolge erzielt – insbesondere wurde ein Gesetzesentwurf zurückgezogen, der die Enteignung von Eigentum vorgesehen und dadurch das Konzept des Privateigentums als solches in Frage gestellt hätte. Aus diesem Grund ordnet man sie häufig dem „rechten Flügel“ zu. Insofern diese Begriffswahl als Synonym für „rassistisch“ gebraucht wird, ist sie fehl am Platze. Solchen Gruppen ist es gelungen, nervöse Wahlbezirke, die durch die Politik ethnischer Bevorzugung verletzbar waren, innerhalb des demokratischen Systems zu halten. Man mag ihre Ansichten nicht teilen, doch zumindest dieses sollte man anerkennen.

5.8 Diskurs

Diskussionen, Debatten und Gespräche sind grundlegende Elemente einer Demokratie. Südafrikas Verfassung garantiert Redefreiheit mit einigen Einschränkungen (es gibt keinen verfassungsmäßigen Schutz gegen „Hasspredigen zur Kriegsaufhetzung“). Gleichzeitig konzentriert sich der ANC, wenn die Rede von Hegemonie ist, auf die Gesprächskultur der Gesellschaft, zusammen mit dem Aktivismus (wie oben angesprochen).

Südafrika hat eine gut entwickelte Medienlandschaft und seine Presse genoss sogar vor 1994 bemerkenswerte Freiheit. Trotz der massiven Repressalien des Staates wurde das Weltbild des ANC damals teilweise in den „alternativen Medien“ verbreitet. Diese Veröffentlichungen unterblieben nach 1994 größtenteils und der ANC behauptete, er hätte keine Medienpräsenz oder ihm zugehörige Medien. Während der Amtszeiten Mandelas und Mbekis wurden Medienorganisationen regelmäßig angegriffen mit dem Vorwurf angeblich negativer Berichterstattung und mit dem unterschweligen Vorwurf, sie würden sich nach der Vergangenheit zurücklehnen. Dies ist schwer zu akzeptieren: 1999 leisteten viele Zeitungen (darunter

einige, die zur einflussreichen Independent-Gruppe gehörten und Business Day) umfassende oder teilweise Wahlkampfhilfe für den ANC, veröffentlichten häufig kritische Artikel über die Opposition, vor allem zu Themen wie „Transformation“ und ethnische Bevorzugungspolitik. In mancherlei Hinsicht hatte der ANC einen Grad an Hegemonie erreicht. Business Day spielte beispielsweise die Kritik der (damaligen) Democratic Party an der Entsendung von Kadern herunter. Einige Jahre später jedoch wurde das Thema wieder aufgegriffen, diesmal mit der Aussage, dass die Kader-Entsendung schädlich sei und aufgehoben werden müsse.¹¹⁴

Das bedeutet nicht, dass die Kommentatoren in jeglicher Hinsicht die Vorlage der Regierung übernommen hätten. Zu Themen wie AIDS und Korruption sah sich die Regierung beträchtlicher Kritik ausgesetzt. Sehr vorsichtig ging man mit Themen wie der ethnischen Herkunft und der Qualität der Demokratie des Landes um – vor allem mit Äußerungen über die Verwaltung dieser Demokratie durch den ANC. Darin erkennt man sehr deutlich, dass Journalisten und Kommentatoren nicht mit den Ansichten der Vorgängerregierung in Verbindung gebracht werden wollten.

Beim Schreiben über die Probleme Südafrikas war dies sehr problematisch. Die Sprache und die Wortwahl sind in diesem Zusammenhang wichtig. Der Begriff „Transformation“ ist beinahe symbolhaft, doch was er bedeutet ist unklar. Man erwartet, dass sich die Menschen und die Institutionen dieser Transformation verpflichtet fühlen. Es handelt sich um ein unklares Konzept, das einen Wandel in der ethnischen Zusammensetzung von Institutionen zu umfassen scheint; doch darüber hinaus ist nichts greifbar. Zu sagen, dass etwas „untransformiert“ ist, gleicht einem Angriff. Die einzige klare und umfassende Definition der „Transformation“ als solcher scheint die des ANC zu sein, welche besagt: „Die Transformation des Staates

beinhaltet in erster Linie die Ausweitung der Macht der nationalen Befreiungsbewegung (National Liberation Movement) über alle Schaltstellen der Macht: die Streitkräfte, die Polizei, die Verwaltung, Geheimdienste, die Justiz, halbstaatliche Institutionen und Behörden wie beispielsweise Regulierungsbehörden, der öffentliche Rundfunk, die Zentralbank, und so weiter.“¹¹⁵

Durch dieses Konzept entstand eine Zwickmühle: Einerseits steht es in völligem Widerspruch zur liberal-demokratischen verfassungsmäßigen Ordnung; andererseits hat der Begriff „Transformation“ ein so gewaltiges Bedeutungsspektrum, dass man sich durch seine Nichtbeachtung in große Gefahr bringen würde. Dem ANC war es weitgehend gelungen, das Konzept über alle Kritik erhaben zu machen.¹¹⁶ Nur wenige Kommentatoren entschlossen sich, offen damit umzugehen. Eine der Folgen dieses Konzeptes – die Entsendung von Kadern – forderte später einen hohen Preis.

Auch wurden Kritiker eingeschüchtert. Thabo Mbeki hatte angestrebt, Südafrikas afrikanische Identität zu bekräftigen, was für viele afrikanische Intellektuelle sehr reizvoll war. Er war jedoch ebenso eisern entschlossen, die Macht nicht aus der Hand zu geben und erwartete ihre Unterstützung. Wenn sie ihn oder die Regierungspolitik kritisierten, sahen sie sich häufig vernichtenden Angriffen ausgesetzt. Malegapuru Makgoba, ein Mediziner, der für seine ideologisch-afrikanistischen Ansichten sehr bekannt ist, wurde, als er sich der Haltung der Regierung zum Thema AIDS nicht anschloss, vorgeworfen, Verrat an den Schwarzen zu üben.¹¹⁷ Intellektuelle, die zunächst Thabo Mbekis afrikanistische Orientierung begrüßt hatten, waren später entsetzt. Xolela Mangcu schrieb:¹¹⁸

„Ein Teil meiner ursprünglichen Sympathie für Mbekis Botschaft einer afrikanischen Renaissance war, dass dadurch unserer Vorstellung von Freiheit eine kulturelle Dimension verliehen wurde. Ich hatte keine Ahnung,

dass der kulturelle Nationalismus, für den ich mich so begeisterte, bald als ein Schutzschild gegen Kritik an der Korruption unter hochrangigen Regierungsbeamten verwendet würde. Ich hätte mir auch nie träumen lassen, dass die Korruption eben die Befreiungsbewegung vor eine Zerreißprobe stellen würde, von der wir angenommen hatten, dass sie die Korruption des Apartheid-Regimes beseitigen würde.“

Eine der eher ermutigenden Entwicklungen ist die Verbreiterung der intellektuellen Streitkultur. Der Schlüssel zu diesem Prozess war die Tatsache, dass die Fehler der Regierung einfach zu offensichtlich geworden waren, um sie noch zu ignorieren oder zu entschuldigen. Südafrikas Medien spielen seit 2006 eine lebendigere und manchmal auch konfrontativere Rolle als in der Anfangszeit nach 1994. Neue Medien wie der private, frei zu empfangende Fernsehkanal eTV, das Internet und günstigere Satellitendienste verringern immer mehr die Möglichkeiten, die Menschen abzuschotten. Die Haltung des öffentlichen Rundfunks – der allgemein als parteiisch zu Gunsten des ANC angesehen wird – wird daher von immer geringerer Bedeutung sein. Diese Entwicklung ist zu begrüßen.

Umfrageergebnissen zufolge wird von der Mehrheit der Bevölkerung die Rolle der Medien als Wächter geschätzt, auch wenn ein signifikanter Teil der Bevölkerung – etwa ein Drittel – anderer Meinung ist. Wie auch in anderen Bereichen weist dies darauf hin, dass es einen „Markt“ für anti-liberale Auffassungen von Demokratie gibt. Im Moment scheint es jedoch klar zu sein, dass dem Streben nach Hegemonie der Wind aus den Segeln genommen wurde.

5.9 Konstitutionalismus

Die oberste Instanz in Südafrikas Regierungssystem ist die Verfassung. Bezüglich aller Fragen um Rechte und Organisation

der Regierung steht sie über allen anderen Quellen. Das Land ist stolz auf dieses Dokument und man ist allgemein der Ansicht, dass es sich um „die beste Verfassung der Welt“ handelt.

Ob dieses Dokument letztlich von normalen Menschen im Detail verstanden wird, ist unklar. Das South African Reconciliation Barometer fand 2009 heraus, dass 58 % der Südafrikaner der Ansicht waren, die „Urteile der Gerichte sollten im Einklang mit der Verfassung stehen, auch wenn dies dem widerspricht, was die meisten Südafrikaner wollen“. ¹¹⁹ Seit 2003, als diese Frage erstmalig gestellt wurde, stieg der Prozentsatz leicht an. Dies bedeutet, dass zwar eine Mehrheit für den zentralen Wert des Konstitutionalismus ist, jedoch auch ein großer Teil der Bevölkerung anderer Meinung ist. Dieses Kräfteverhältnis ist bedenklich.

Ein Standardthema der Oppositionsparteien ist, dass die Verfassung bedroht ist. Der ANC streitet dies ab. Im Allgemeinen hält sich die Regierung an die Verfassung, vor allem an Urteile des Verfassungsgerichtes. Es wird allerdings nicht wirklich bestritten, dass sie einige der Verfassungsbestimmungen nie gutgeheißen hat (die Befugnisse der Provinzen als ein Hauptbeispiel). 1998 erregte der damalige Generalsekretär des ANC, Kgalema Motlanthe, Aufsehen durch die Ankündigung, der ANC wolle eine Zweidrittelmehrheit dafür erreichen, „uneingeschränkt von Zwängen“ regieren zu können. ¹²⁰ Er deutete an, dass einige der unabhängigen Institutionen (darunter die Judicial Service Commission, die Richter ernennt – obwohl er später anscheinend bestritt, diese Institution genannt zu haben), auf dem Prüfstand stünden. Dies erzeugte beträchtliche Fassunglosigkeit. Schließlich unterließ es der ANC allerdings, die Verfassung zu zerstückeln, obwohl er die notwendige Mehrheit dafür gehabt hätte.

Veränderungen innerhalb des ANC – die Verlagerung hin zur Linken, gelegentliche Äußerungen über „Sozialismus“ als gang-

bare Option und schärfere Aussagen über radikale Änderungen der Eigentumsrechte und Grundbesitzrechte (siehe Zwischenüberschrift 5.6 Populismus in diesem Beitrag) deuten darauf hin, dass sich die Einstellung zur Verfassung ändern könnte. Es gibt einen Bereich, in dem die Vorschriften der Verfassung praktisch seit deren Inkrafttreten ignoriert wurden: die Vorschrift der Gleichbehandlung der Sprachen. Theoretisch garantiert die Verfassung, dass elf Amtssprachen gleich behandelt werden sollen; in der Praxis hat sich in Südafrika de facto eine Vereinheitlichung der Sprache in der Bevölkerung ergeben. Die Rolle und der Status von Afrikaans in der Öffentlichkeit ist eingebrochen, und man geht davon aus, dass die Sprache ganz aussterben wird, wenn die Universitäten, an denen Afrikaans gesprochen wird, auf Englisch umstellen (was im Wesentlichen geschehen ist). Trotz zuversichtlicher Zukunftsprognosen für afrikanische Sprachen hat man bei deren Förderung wenig Fortschritte gemacht, und ihr Schicksal kann sehr wohl das Aussterben sein.¹²¹ Auf ein kürzlich gefälltes Gerichtsurteil, dass die Regierung alle elf Sprachen gleichermaßen fördern müsse, wurde erwidert, dass die Regierung dazu nicht die Mittel habe. Ob dies nun der Wahrheit entspricht oder nicht, die selektive Durchsetzung der Verfassung in Bezug auf dieses Thema lässt jedenfalls Besorgnis darüber aufkeimen, welchen Respekt der ANC und die Regierung anderen Bestimmungen zollen würden.

Man könnte vielleicht sagen, dass die Sprachenfrage wirklich nur ablenkt und nicht so wichtig ist wie „härtere“ Themen, z. B. die bürgerlichen Rechte oder die Unabhängigkeit der Justiz. Man könnte argumentieren, dass man beim Umgang mit Themen größerer Tragweite wie beispielsweise der Aberkennung von Eigentumsrechten, größere Umsicht und Achtung vor der Verfassung an den Tag legen würde. Dagegen würde sich möglicherweise auch starker Widerstand erheben seitens einflussreicher ANC-Politiker und einiger der stärksten Elemente der

Staatsverwaltung im Finanzministerium und der Notenbank. Darin steckt wahrscheinlich ein Körnchen Wahrheit. Darauf verlassen kann man sich allerdings nicht.

Es gab mehrere verbale Angriffe gegen die Verfassung. Es ist unklar, was dem folgen wird. Beispielsweise sagte der Minister für kooperative Regierung und traditionelle Angelegenheiten (Cooperative Governance and Traditional Affairs), Sicelo Shiceka, die Verfassung sei „eurozentrisch“ und für afrikanische Bedingungen nicht geeignet, was für die kommunale Verwaltung Probleme bereiten würde. Dahinter steckte anscheinend sein Wunsch, dass die Staatsregierung in die Angelegenheiten von Kommunen eingreifen könnte.¹²² Verfassungsrechtlich gesehen sind die Regierungsstrukturen „kooperativ“, doch unter bestimmten Umständen besteht durchaus die Berechtigung, einzugreifen. Alles deutet darauf hin, dass die Probleme nicht durch den Mangel an Kontrolle durch die zentrale Staatsregierung verursacht werden. Sie wurden durch eine Kombination von Faktoren ausgelöst, zu denen vor allem der chronische Mangel an qualifiziertem, professionellem Personal gehört. Die mit dem ANC verbündeten Gewerkschaften machen keinen Hehl daraus, dass sie vorhaben, die verfassungsmäßige Ordnung langfristig abzuschaffen und die „bourgeois“ Institutionen durch „Arbeiter“-Institutionen zu ersetzen.¹²³

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Konstitutionalismus in der politischen Kultur Südafrikas starken Rückhalt hat, aber nicht voll integriert ist. In diesem Bereich können Gefahren drohen.

5.10 Ethnische Gruppen, Beziehungen zwischen den ethnischen Gruppen und Rassismus

Die Geschichte der Apartheid wirft ihren Schatten auf Südafrika. Die Beziehungen zwischen den ethnischen Gruppen in Südaf-

rika sind ein wirklich riesiger Themenkomplex, der zu umfassender Kommentierung und Forschung einlädt. Das kann im Rahmen dieser Publikation nicht geleistet werden, doch es sollte ausreichen, einige grundsätzliche Tendenzen aufzuzeigen und die Rolle der ethnischen Herkunft, die Beziehungen zwischen den ethnischen Gruppen und den Rassismus in Südafrikas politischer Kultur kurz zu betrachten. Einleitend ist zu sagen, dass es in Südafrika sehr wohl Rassismus gibt. Ein Kolumnist machte auf den Ton aufmerksam, der häufig bei Kommentaren angeschlagen wird, die Leser auf Internetseiten hinterlassen. Doch so beleidigend diese Kommentare manchmal sein mögen, werden sie von Menschen hinterlassen, die anonym bleiben, und erfordern wahrscheinlich kein tatsächliches Eingreifen. Die wichtige politische Frage ist, inwiefern die Beziehungen zwischen den ethnischen Gruppen und Rassismus eine politische Bedeutung besitzen.

Prof. Jeremy Seekings von der Universität Kapstadt formulierte in einem Anfang 2008 erschienenen Artikel, die vorliegenden Anhaltspunkte würden auf das Entstehen eines Musters hindeuten: Die ethnische Herkunft bleibt ein Schlüsselement der Identität, tritt jedoch in Konkurrenz zu anderen Identitäten, um ein Zugehörigkeitsgefühl zu vermitteln. Wenn die Notwendigkeit besteht, sind Mitglieder verschiedener Gruppen in der Lage, zusammenzuarbeiten, auch wenn die ethnische Integration langsam und ungleichmäßig vorankommt. Die Auswirkungen von Bildung und Sozialisierung haben einen weitaus größeren Einfluss auf Einstellungspraktiken und Lebenschancen als die ethnische Herkunft.¹²⁴ Generell ist die ethnische Zugehörigkeit kein bestimmender Faktor für das Schicksal der Menschen.

Die SA Reconciliation Barometer-Umfrage, die durch das Institute for Justice and Reconciliation geführt wurde, verfolgt seit 2003 die Haltung der Südafrikaner in Bezug auf Versöhnung und Beziehungen zwischen den

ethnischen Gruppen sowie welche Faktoren diese beeinflussen. Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass die Kontakte zwischen den ethnischen Gruppen in diesem Zeitraum größtenteils unverändert blieben. 2003 geben etwa 26 % an, an einem normalen Tag nie mit Menschen einer anderen ethnischen Gruppe zu sprechen; 2009 lag dieser Wert bei 24 %, was einer sehr leichten Verbesserung entspricht. Der Anteil, der keinerlei Kontakte zu Menschen anderer ethnischer Herkunft pflegte, lag 2003 und auch 2009 bei 46 %. In diesem Fall sollte aber darauf hingewiesen werden, dass diese Zahl in den vorangegangenen Jahren wesentlich höher gewesen war (der Trend ist also leicht positiv).¹²⁵ Etwa 59 % der Menschen finden es schwierig, Menschen anderer ethnischer Herkunft zu verstehen.¹²⁶

Die „World-Values Umfrage“ (die in Südafrika 1996, 2001 und 2007 stattfand) fragte nach der Bereitschaft der Südafrikaner, Menschen anderer ethnischer Herkunft als Nachbarn zu haben. 1996 waren nur etwa 11 % nicht dazu bereit. 2001 war diese Zahl auf rund 24 % angestiegen. Wahrscheinlich hatte dies mit den Schwierigkeiten zu tun, die die Erfahrung der tatsächlichen Integration mit sich brachte und spiegelte außerdem einen Einfluss der Probleme des Landes zu diesem Zeitpunkt wider. 2007 war die Zahl auf unter 10 % gefallen. Wesentlich größere Bedenken wurden gegen Drogenabhängige, starke Trinker und Homosexuelle als Nachbarn geäußert.

Eine Umfrage des South African Institute of Race Relations im Jahr 2001 ergab, dass relativ wenige Befragte persönliche Erfahrungen mit Rassismus gemacht hatten. Etwa 49 % aller Befragten gaben an, nie Rassismus erfahren zu haben (darunter 46 % der Afrikaner). Darüber hinaus neigten viele der Beispiele solcher Erfahrungen von Rassismus dazu, sehr abstrakt oder ungenau zu sein wie beispielsweise die Art und Weise, in der Weiße Schwarze ansehen, die Anforderung von Referenzen bei der Bewerbung

um einen Arbeitsplatz oder die Annahme, dass bestimmte Arbeitgeber keine Menschen bestimmter ethnischer Herkunft einstellen würden.¹²⁷

Es scheint daher auf der Hand zu liegen, dass die Südafrikaner tolerant miteinander umgehen. Es gibt jedoch weiterhin Schwierigkeiten mit der tatsächlichen Integration. Das bedeutet, auch wenn die Neuigkeiten nicht durchgehend gut sind, sind sie weitaus besser als manche Darstellung glauben macht. „Distanziertheit“ ist wahrscheinlich ein passenderer Begriff als Rassismus und drückt vielleicht die unterschiedlichen Erwartungen der Bevölkerungsgruppen in Südafrika aus. Hat das Folgen für die politische Realität? Hier muss unterschieden werden zwischen dem Einfluss auf normale Menschen und dem Einfluss auf elitärer Ebene (betreffend vor allem die politische Führung des Landes und insbesondere den ANC). Für Ersteres gibt es nur vage Hinweise, aber es lassen sich einige allgemeine Schlussfolgerungen ziehen.

Die Erste ist, dass sich die ethnische Herkunft größtenteils mit der Unterstützung für Parteien korrelieren lässt, und es scheint, als ob sich diese Tendenz zwischen 1994 und 2009 verstärkt hat. Minderheiten neigen dazu, die Democratic Alliance zu unterstützen, während die meisten Afrikaner den ANC unterstützen. Kleinere Parteien wie die Independent Democrats und die Inkatha Freedom Party erhalten auch eher Unterstützung von Menschen der einen oder anderen ethnischen Herkunft. Eine große Anzahl Weißer und Inder in KwaZulu-Natal sahen beispielsweise 1994 die IFP als eine gemäßigte „schwarze“ Alternative zum ANC an. Es ist zweifelhaft, ob die Partei diese Unterstützung heute noch genießt.¹²⁸

Es ist unklar, ob die ethnische Herkunft eine aktive Rolle bei der Wahlentscheidung spielt oder nicht. Es liegen keine eindeutigen Anhaltspunkte vor. Die South African Recon-

ciliation Barometer-Umfrage fand jedoch heraus, dass 39 % sich nicht vorstellen konnten, einer Partei anzugehören, die sich aus einer anderen ethnischen Gruppe zusammensetzt.¹²⁹ Es gibt allerdings insgesamt wenig Beispiele für eine ethnisch bedingte soziale Mobilisierung, noch weniger für eine erfolgreiche, sogar angesichts extremer Provokation. Beispielsweise erschoss in Skerlik im Nordwesten Anfang 2008 ein Weißer mehrere Schwarze. Als eine Delegation der Democratic Alliance die Hinterbliebenen besuchte, um ihr Beileid auszusprechen, sagte man ihnen: „Weiße sind in unserem Haus willkommen. Es waren nicht die Weißen, die unsere Leute getötet haben. Wir können die Weißen nicht vertreiben. Wir wollen, dass der Mörder zur Verantwortung gezogen wird.“¹³⁰

Die Eliten neigen dazu, sich sehr viel rascher auf ethnische Fragen zu beziehen. Der ANC hat insbesondere die ethnisch-basierte Wiedergutmachung seit Ende der 1990er-Jahre zum Kernstück seines Programms gemacht. Dies wird oft mit Thabo Mbeki assoziiert, obwohl es viel weiter verbreitet ist und es auch außerhalb des ANC Menschen gibt, die Mbekis Meinung teilen. Etwas als „weiß“ zu bezeichnen, ist kein Kompliment. Die Folge ist, dass das „farbenblinde Ideal“ vom ANC und dem Staat größtenteils verworfen wurde.

Für den Zusammenhalt des ANC spielt die ethnische Herkunft eine sehr wichtige Rolle. Nachdem sich die Kluft zwischen den Klassen vertieft hat und Probleme bezüglich politischer Maßnahmen und der Verteilung von Gefälligkeiten entstanden, erwies sich die ethnische Solidarität als ein sehr nützliches Werkzeug, um den Zusammenhalt des ANC zu sichern. Wenn Weiße von außen Kritik äußerten, konnte dies als Rassismus abgetan werden. Der Vorwurf des Rassismus wurde auch gegen weiße Kritiker aus den eigenen Reihen gebraucht, wie Jeremy Cronin, ein altgedienter Kommunist, feststellen musste. Xolela Mangcu kommentierte:¹³¹

„Es kam nicht darauf an, wie viel politische Erfahrung Cronin hatte – es reichte, dass seine Hautfarbe weiß war. Es gehört zum philosophischen Mystizismus, dass jemand, der schwarz ist, rein aufgrund dieser Tatsache das Erbe des Kolonialismus bekämpfen muss. In diesem Fall ist die Logik, dass jemand, der weiß ist, rein aufgrund dieser Tatsache alles unternehmen muss, um das Erbe des Kolonialismus zu erhalten. Welche politische Überzeugung sie haben, ist zweitrangig. Das ist der ethnische Essentialismus der Mbeki-Jahre.“

Der Sturz Thabo Mbekis erweckte möglicherweise Hoffnungen, dass das Thema der ethnischen Herkunft nicht mehr so im Vordergrund stehen würde. In gewissem Ausmaß hat sich dies bewahrheitet. Zuma konzentriert sich nicht in gleichem Maß auf die ethnische Frage. Ein kruder ethnischer Populismus ist aus anderer Quelle innerhalb des ANC hervorgegangen, insbesondere mit Julius Malema als Urheber.

Die Frage der ethnischen Herkunft ist und wird wahrscheinlich auch künftig eine entscheidende Variable in Südafrikas politischer Gleichung bleiben. Sie hat in der Mentalität des ANC einen hohen Stellenwert, doch sie wurde nicht dauerhaft politisch instrumentalisiert und in der Bevölkerung thematisiert, wie man hätte erwarten können.

6. Ausblick

Die politische Kultur Südafrikas ist, wie Südafrikas Gesellschaft, stark gespalten. Die gute Nachricht ist, dass es Anhaltspunkte für die Entwicklung einer Kultur gibt, die mit einer liberalen Demokratie kompatibel ist, sich diese jedoch gegenwärtig noch nicht entwickelt hat. Umfragewerte verweisen auf einen Trend, der die Werte und Ansichten einer liberalen Demokratie unterstützt. Ideologisch hat die Demokratie größtenteils gesiegt. Die Konzepte des Mehrparteiensys-

tems, der Wahlfreiheit und der allgemeinen Freiheit werden befürwortet. Südafrika hat also stabile und respektierte Institutionen und politische Strukturen (Parteien und Aktivistengruppen) geschaffen, die, wie es scheint, die meisten Menschen an das politische System binden konnten. Das Streben des ANC nach „Hegemonie“ scheint aufgehoben worden zu sein. Man könnte in der Tat argumentieren, dass viele der ANC-Anhänger die Demokratie mehr schätzen als der ANC selbst. Die Südafrikaner sind stolz auf ihre Demokratie und sie haben auf dem Weg zur Überwindung der historischen ethnischen Gräben bereits viel geleistet. Es ist ferner erwiesen, dass die Schwierigkeiten, mit denen Südafrika während der Präsidentschaft Thabo Mbekis konfrontiert war, der Gesellschaft einen nötigen Impuls gegeben haben, die Demokratie nicht einfach als gegeben hinzunehmen. Der Mythos, dass der ANC immer auf der richtigen Seite sei, begann an einigen Stellen zu bröckeln. Die Südafrikaner sind eher dazu bereit, ihre Demokratie zu verteidigen und weiterzuentwickeln als in der Vergangenheit.

Vor drei Dingen muss jedoch gewarnt werden. Erstens geht der Trend zwar in Richtung Akzeptanz demokratischer Werte, aber es gibt eine nicht vernachlässigbare Minderheit (zwischen 10 % und 20 %), die diese Ansichten nicht teilt, und größere Bevölkerungsteile, die unter gewissen Umständen bereit sein könnten, die Demokratie insgesamt zu verwerfen. Vielleicht handelt es sich nur um einen Teil eines schrittweisen Prozesses der demokratischen Assimilation, doch gegenwärtig gibt es einen Bevölkerungsteil, der möglicherweise davon überzeugt werden könnte, einer anderen Regierungsform den Vorzug zu geben oder aber einer minderwertigen, eingeschränkten Form der Demokratie. Jesse Jackson betonte: „Eine organisierte Minderheit ist eine politische Mehrheit.“ Der zweite Punkt ist der Fortbestand enormer Ungleichheit und die mögliche Entwicklung und Festigung einer dauerhaft ausgeschlossenen Unterschicht. Dies würde

eine ständige Quelle der Instabilität darstellen. Es ist ebenfalls sehr besorgniserregend, dass diese Unterschicht wahrscheinlich Teil der abhängigen Gesellschaft wird, die gezwungen ist, sich auf einen Staat zu verlassen, der selbst sichtbar unter Druck steht. Dies könnte fruchtbaren Boden für letztlich selbstzerstörerische populistische Politik bereiten. Der dritte Punkt ist der ANC und seine Kultur. Einige Kommentatoren bemerkten, dass der ANC selbst der Kern von Südafrikas Problem ist. Er muss dringend modernisiert werden. Er hat sich nicht immer gut geschlagen, wenn er mit Widrigkeiten zu kämpfen hatte, wie sein Verhalten zeigte, als er die Macht in Kapstadt und Provinz Westkap verlor. Die manchmal paranoide Angst vor Verschwörungstheorien und das Bestreben, den Staat zu kontrollieren und ihn vielleicht nach seinen Vorstellungen umzuformen, beschädigen die Strukturen des Staates. Der ANC muss akzeptieren, dass er nicht der Staat ist.

Kann man etwas unternehmen, um diesen Prozess zu beschleunigen? Kann eine politische Kultur geschaffen werden? Die kurze Antwort lautet: „Nein“. Regierungen sind nicht gut darin, kulturelle Veränderungen zu fördern, und Südafrika verzeichnet eine Reihe von ambitionierten Fehlschlägen in dieser Hinsicht. Dazu zählt die Masakhane-Kampagne, die die Einführung von Gebühren für die Dienstleistungen der Kommunen propagieren sollte und die „Moral Regeneration Campaign“ – Kampagne zur Wiederherstellung der Moral –, die nach mehreren Jahren wenig erkennbaren Nutzen zeigte.

Mögliche Lösungswege sind hauptsächlich im Führungsstil zu suchen. Drei Dinge fallen auf: Erstens müssen für die Führung höhere Standards gelten. Die Führung muss im Staat und in den Parteien – insbesondere im ANC – mit gutem Beispiel vorangehen. Der Widerwille und die Hinhaltenaktik des ANC, Julius Malema in seine Schranken zu weisen, sind symptomatisch. Führer wie Präsident Zuma sollten bedenken, welche Folgen es

für das ganze Land hat, wenn der „Malema Faktor“ Fuß fasst.

Zweitens muss sich der Öffentliche Dienst um mehr Professionalität bemühen. Südafrika hat eine hochentwickelte Wirtschaft und Infrastruktur. Das Ausmaß der Armut und die allgemeine Einigkeit (sogar über Parteigrenzen hinweg), dass der Staat eine Rolle in der Volkswirtschaft spielen muss, machen das Unvermögen des Staates zu einem Problem mit massiven Auswirkungen. Es ist sehr zu begrüßen, dass die Probleme in gewissem Ausmaß eingestanden wurden, aber es wurde nicht klar signalisiert, dass man in angemessener Weise gegen sie vorgehen wird. Der wichtigste Faktor in diesem Zusammenhang ist wohl ein angemessenes Verhältnis zwischen Anreizen und Abschreckung. Leistung muss fest und durchgehend mit jeweils angemessener Disziplin und Belohnung verbunden werden. Politische Vorzugsbehandlungen müssen in eindeutiger Weise beendet werden.

Dieser letzte Punkt muss richtig verstanden werden. Natürlich sollte eine ANC-Anhängerschaft oder -Mitgliedschaft niemanden von einem Arbeitsplatz im Öffentlichen Dienst ausschließen. Es mag sogar manche Positionen geben, bei denen politische Erwägungen wichtig sind. Im Allgemeinen sollten solche Zugehörigkeiten jedoch einfach unwichtig sein. Während man vor zehn Jahren den ANC-Mitgliedern sagte, sei seien „nicht nur nach Feierabend“ ANC-Mitglieder, muss der ANC seinen Mitgliedern nun klar machen, dass sie, wenn sie Teil eines Verwaltungsapparates mit einem System von Regeln und Verantwortlichkeiten werden, ausschließlich nach Feierabend ANC-Mitglieder sind. Dasselbe Prinzip gilt auch für Regierungen, die von anderen Parteien geführt werden. Die „Entsendung von Kadern“ und die Politisierung des Öffentlichen Dienstes sind nicht durch die Verfassung vorgesehen, und können daher weder reformiert noch „verbessert“ werden. Wird dem kein Einhalt geboten, wird Südafrika immer wie-

der Krisen in seiner Verwaltung erleben, was schließlich zum Verlust des Glaubens in die Demokratie führen könnte.

Schlussendlich muss Südafrika eine Diskussionskultur entwickeln. Der Meinungs-
austausch in Form von Argumenten, die durch
Fakten gestützt sind, ist das Lebenselixier
einer gesunden Demokratie. Die Parteien-
vertreter sollten bereit sein, sich unter die-
sen Bedingungen öffentlich gegenseitig zu
verpflichten, zweierlei Dinge zu leisten: Ihre
politischen Positionen auf den Prüfstand zu
stellen und den Wählern zu erlauben, sie zu
beurteilen – die rechtmäßigen politischen
Gegner gegenüber ihren eigenen Anhängern.

So würde man klarstellen, dass die Teil-
nehmer an einem demokratischen System
keine „Feinde“ sind.

Gibt es wirklich Hoffnung, dass dies gesche-
hen wird? Die Antwort können uns natür-
lich nur diejenigen geben, die Macht besit-
zen. Gegenwärtig ist das der ANC. Es gibt
unterschiedliche Anzeichen, und es gibt
keine Garantie für die Zukunft. Aber die
Tatsache, dass man Warnungen nun als
solche anerkennt, ist wahrscheinlich das
sicherste Anzeichen für die Entwicklung
einer demokratischen politischen Kultur –
und damit das für Überleben von Südafrikas
Demokratie.

Anmerkungen

- ¹ Eine Plastiktrompete, die von Fans bei Fußball-
spielen geblasen wird.
- ² Diamond, L.: „Civil Society and Democratic
Consolidation: Building a Culture of Democ-
racy in a New South Africa“, in Giliomee H.,
Schlemmer L., und Hauptfleisch S. (Hrsg.): *The
Bold Experiment: South Africa's New Democ-
racy, Southern Africa, International Thomson
Publishing, 1994, S. 48; detailliertere Informa-
tionen enthält Diamond, L. (Hrsg.): „Political
Culture and Democracy in Developing Coun-
tries“, Boulder und London, Lynn Rienner Pub-
lishers, 1994.*
- ³ Fukuyama, F.: „The Primacy of Culture“, *Journal
of Democracy*, Band 6, Nr. 1, 1.1.1995, S. 7-14.
- ⁴ Der Leser sei vor allem an Fareed Zakarias Ar-
beit über illiberale Demokratien erinnert; daraus
erschließt sich die Bedeutung der qualifizieren-
den Adjektive „liberal“ und „rechtsstaatlich“. Grundsätzlich ist eine liberale Demokratie eine
Demokratie, in der Macht durch der Regierung
auferlegte Beschränkungen gezügelt wird, wie
beispielsweise eine Verfassung, Gerichtsbarkeit
und freie Medien.
- ⁵ Dies betrifft nicht Südafrika allein. In einem
Kommentar über Südafrika im Jahr 1994 be-
merkte Francisco Weffort in Anlehnung an die
Erfahrungen aus Lateinamerika, dass „[neue
Demokratien] im politischen Zusammenhang
eines Wandlungsprozesses gegründet werden,
der sie zwingt, sich mit dem maßgeblichen Erbe

der autoritären Vergangenheit zu vermischen.“
Siehe Weffort, F. C.: „New Democracies: which
Democracies?“, in: Giliomee H., Schlemmer L.,
und Hauptfleisch S. (Hrsg.): *The Bold Experi-
ment: South Africa's New Democracy*, S. 27.

- ⁶ Johnson, R. W.: „South Africa: The First Man,
The Last Nation“, Kapstadt und Johannesburg,
Jonathan Ball Publishers, 2004, S. 232.
- ⁷ Russell, A.: „After Mandela: The Battle for the
Soul of South Africa“, London, Hutchison,
2009.
- ⁸ Als ich Südafrika verließ, um einen Vortrag
zum Thema dieser Publikation zu halten, nahm
ich ein Exemplar der angesehenen *Financial
Mail* mit. Es entbehrt nicht der Ironie, dass die
Zeitung auf Seite 1 einen Artikel mit dem Titel
„Still Drifting“ („Noch immer Führerlos“) und
dem Zusatz „Bemused“ („Irritiert“) in großer
roter Schrift veröffentlichte, in dem Präsident
Zuma aufgrund seiner mangelnden Führungs-
kraft scharf kritisiert wurde. (*Financial Mail*,
7.5.2010).
- ⁹ Sparks, A.: „The Law or Creeping Corruption“,
Business Day, 14.4.2010, online abrufbar unter
<http://www.businessday.co.za/Articles/Content.aspx?id=106184>.
- ¹⁰ In diesem Zusammenhang möchte ich erwäh-
nen, dass meine Sichtweise der gegenwärtigen
Umstände Südafrikas von einigen dieser Schrif-
ten beeinflusst ist. Ich habe neulich eine Zusam-
menschau einiger dieser Werke, die im South

- African Journal of International Affairs veröffentlicht wurde, gelesen. Vor allem Pottinger, B.: „The Mbeki Legacy“, Kapstadt, Zebra, 2008 ist eines der aufschlussreichsten Werke der Zeit nach dem Ende der Apartheid.
- ¹¹ Van Zyl Slabbert, F.: „Political culture and the challenge of elections, Political Culture in the New South Africa“, Seminarbericht der Konrad Adenauer Stiftung, engl. Seminarbericht Nr. 16, 10/2000, S. 41.
- ¹² Giliomee, H.: „The Afrikaners: Biography of a People“, Kapstadt: Tafelberg Publishers, 2009, S. 637.
- ¹³ Frost, M.: „Preparing for Democracy in an Authoritarian State“, in Johnson, R. W und Schlemmer, L.: „Launching Democracy in South Africa: The First Open Election, April 1994“, New Haven und London, Yale University Press, 1996, S. 33.
- ¹⁴ Siehe beispielsweise Johnson, R. W.: „South Africa: The First Man, The Last Nation“, S. 206.
- ¹⁵ Giliomee, H. und Schlemmer, L.: „Overview: Can a South African Democracy become Consolidated?“, in: Giliomee, H., Schlemmer, L. und Hauptfleisch, S. (Hrsg.): The Bold Experiment: South Africa's New Democracy, S. 174-179.
- ¹⁶ Eine lesenswerte Abhandlung über den ANC vor 1994 aus mitfühlender Perspektive enthält Suttner, R.: „The ANC Underground in South Africa: A Social and Historical Study“, Auckland Park, Jacana, 2008, insbesondere Kapitel 7 und 8.
- ¹⁷ Melber, H.: „From Liberation Movements to Governments: On Political Culture in Southern Africa“, African Sociological Review, 6, (1), 2002, S. 3. (Anmerkung: Dieser Artikel wurde auf Seiten 161-172 dieser Zeitschrift veröffentlicht. Es ist mir jedoch nicht gelungen, ein Exemplar davon zu beschaffen. Der Artikel ist auch online abrufbar unter www.codesria.org/IMG/pdf/10_melber.pdf, ohne Seitennummerierung. Die diesem Artikel zugeordnete Seitennummerierung bezieht sich auf das Dokument selbst, ist also eine fortlaufende Nummerierung der Dokumentseiten.)
- ¹⁸ Giliomee, H.: „Liberal and Populist Democracy in South Africa“, Johannesburg, South African Institute of Race Relations, 1996, S. 9.
- ¹⁹ „Das Volk“ – in dieser Konstellation mit Artikel gebraucht – ist ein Begriff, der einmal von der „Linken“ weitverbreitet gebraucht wurde, um im Wesentlichen den ANC und seine Unterstützer zu beschreiben. Hier schwingt ein leicht bedrohlicher Unterton mit. Wenn man zum „Volk“ (implizit also zu „den Leuten“, „den Menschen“ gehört), verbindet dies dann nicht die eigene Menschlichkeit mit dem persönlichen politischen Standpunkt? Diese Frage ist nicht nur rein semantisch, denn sie zielt auf die Relativierung von Menschenrechten und deren Verletzung und auf die Wesenszüge der Staatsbürgerschaft und der Demokratie ab. Wenn ein Mitglied „des Volkes“ gefoltert oder ermordet wird, hat eine Menschenrechtsverletzung stattgefunden. Wird jemand, der nicht „zum Volk“ gehört, in ähnlicher Weise misshandelt – durch „das Volk“ –, handelt es sich möglicherweise nicht um eine Menschenrechtsverletzung, sondern um einen Akt der Emanzipation. Wenn „das Volk“ eine Wahl gewinnt, hat die Demokratie ordnungsgemäß funktioniert. Wenn „das Volk“ eine Wahl verliert, wurde es um sein Recht betrogen und die Gerechtigkeit verlangt, dass es nicht für sein Bestreben verurteilt wird, dieses Ergebnis aufzuheben.
- ²⁰ ANC, „Accelerating the Pace of Change: Assessing the Balance of Forces in 1999“, Umrabulo, Nr. 7, 3. Quartal, 1999, online abrufbar unter <http://www.anc.org.za/show.php?doc=ancdocs/pubs/umrabulo/umrabulo7.html&type=Umrabulo>, heruntergeladen am 9.6.2010.
- ²¹ Talmon, J. L.: „The Origins of Totalitarian Democracy: Political Theory and Practice during the French Revolution and Beyond“, Harmondsworth, Penguin, 1952.
- ²² Zakaria, F.: „The Rise of Illiberal Democracies“, Foreign Affairs, Nov./Dez. 1997.
- ²³ Dieser Ausdruck wird gebraucht in: Johnson, R. W.: „South Africa: The First Man, the Last Nation“, S. 199.
- ²⁴ Siehe beispielsweise Giliomee, H.: „Manipulating the Past“, in: Erkins, R. und Kane-Berman, J. (Hrsg.): Political Correctness in South Africa, Johannesburg, South African Institute of Race Relations und Friedrich Naumann Stiftung, 2000, S. 91-132; Johnson, K.: „Liberal or Liberation Framework? The Contradictions of ANC Rule in South Africa“, in: Melber, H. (Hrsg.): Limits to Liberation in South Africa: The Unfinished Business of Democratic Consolidation, Kapstadt, HSRC Press, 2003, S. 200-223; Johnson, R. W.: „South Africa's Brave New World: The Beloved Country since the End of Apartheid“, London, Allan Lane, 2009, S. 137-177.
- ²⁵ Noch lange nach der Einführung der Demokratie tauchten Behauptungen auf, dass bestimmte ANC-Mitglieder „Agenten“ gewesen seien. Dies war für den ANC ein besonders heikles Thema.

- ²⁶ Douglas, C.: „Liberals on the Campuses in the Future“, in: Kane-Berman, J. et al.: *The New Liberals*, Johannesburg, South African Institute of Race Relations, S. 13. Der Autor dieses Artikels weist darauf hin, dass die Stellungnahme keine Gewähr für eine zukünftige Redefreiheit biete, nur dass dies vielleicht möglich sein könne. Eine liberal-demokratische Zukunft war nicht das einzige oder sogar das gewünschte Ziel der Entwicklung.
- ²⁷ Das Amt entspricht ungefähr dem eines Ministers in einer Provinzregierung.
- ²⁸ Jeffery, A.: „People’s War. New Light on the Struggle for South Africa“, Johannesburg und Kapstadt: Jonathan Ball, 2009, S. 474.
- ²⁹ Kairos Document: „Challenge to the Church“, 1985, online abrufbar unter <http://www.sahistory.org.za/pages/library-resources/official%20docs/kairos-document.htm>, heruntergeladen am 28.4.2010.
- ³⁰ Wentzel, J.: „The Liberal Slideaway“, Johannesburg, South African Institute of Race Relations, 1995, S. 267.
- ³¹ Zitiert in Cloete, F.: „Service Delivery: Conceptual and Practical Issues and Challenges“, in: de Villiers, B. (Hrsg.): *Review of Provinces and Local Governments in South Africa, Constitutional Foundations and Practice*, Konrad Adenauer Stiftung, Occasional Papers, 11/2008, S. 96-99.
- ³² O’Donnell, G. und Schmitter, P.C.: „Transitions from Authoritarian Rule: Tentative Conclusions about Uncertain Democracies“ Baltimore und London: The Johns Hopkins University Press, 1986.
- ³³ Du Preez, M.: „Seeing SA through Fresh Tears“, Pretoria News, 5.10.2006.
- ³⁴ Davies, R.: „Zille takes issue with ANC land transfer in W Cape“, Mail and Guardian Online, 22.5.2009, online abrufbar unter <http://www.mg.co.za/article/2009-05-22-zille-takes-issue-with-anc-land-transfer-in-w-cape>; heruntergeladen am 28.4.2010; „More Cape land goes to ANC government“, News24, 1.6.2009, online abrufbar unter <http://www.news24.com/SouthAfrica/Politics/More-Cape-land-goes-to-ANC-govt-20090601>, heruntergeladen am 28.4.2010.
- ³⁵ Hartley, W.: „Provinces may be scrapped“, Business Day, 23.6.2006, online abrufbar unter <http://www.businessday.co.za/articles/Content.aspx?id=73876>, heruntergeladen am 29.4.2010.
- ³⁶ „MK veterans threaten to make W Cape ungovernable“, Mail and Guardian, 13.5.2009, online abrufbar unter <http://www.mg.co.za/article/2009-05-13-mk-veterans-threaten-to-make-w-cape-ungovernable>, heruntergeladen am 15.9.2009; „MK veterans threaten to render W Cape ungovernable“, SABCNews, 13.5.2009, online abrufbar unter <http://www.sabcnews.co.za/portal/site/SABCNews/menuitem.5c4f8fe7ee929f602ea12ea1674daeb9/?vgnextoid=740f514c53a31210VgnVCM10000077d4ea9bRCRD&vgnnextfmt=default>, heruntergeladen am 15.9.2009.
- ³⁷ Ein gutes Beispiel enthält Rama, K.: „An Open Letter to Helen Zille“, 13.5.2009, online abrufbar unter <http://www.genderlinks.org.za/article/an-open-letter-to-helen-zille-2009-05-13>, heruntergeladen am 28.4.2010.
- ³⁸ Hassim, S.: „Godzille and the Witches: Gender and the 2009 Elections“, in: Southall, R. und Daniel, J. (Hrsg.): *Zunami. The 2009 South African Elections*, Auckland Park und Dunkeld, Jacana und Konrad Adenauer Stiftung, 2009, S. 205-210.
- ³⁹ „So Many Questions“, interview with Loyiso, Nkohla (ANCYL), Sunday Times, 30.5.2010.
- ⁴⁰ Sapa: „Plato calls for protest“, 31.5.2010, online abrufbar unter <http://www.news24.com/SouthAfrica/News/Plato-calls-for-protest-20100531>, heruntergeladen am 9.6.2010. Das Anzünden von Autoreifen als eine Art von Straßensperre zählt zu den Standard-Vorgehensweisen bei aggressiven Protesten in Südafrikas Townships.
- ⁴¹ Afrobarometer, Summary of Results, Round 4 Afrobarometer Survey in South Africa, S. 17-19.
- ⁴² Ebd., S. 27, 22, 24.
- ⁴³ Mattes, R.: „South Africa: Democracy without the People“, *Journal of Democracy*, Bd. 13, Nr. 1, 1/2002, S. 33.
- ⁴⁴ Eine exzellente Beschreibung der Umstände in dieser Provinz – wenn auch in Bezug auf die Wahlen von 1994 und damit etwas veraltet – enthält Mattes, R., Giliomee, H. und James W.: „The Election in the Western Cape“, in: Johnson, R. W. und Schlemmer, L.: *Launching Democracy in South Africa: The First Open Election*, April 1994, S. 108-167.
- ⁴⁵ Afrobarometer, Summary of Results, Round 4 Afrobarometer Survey in South Africa, S. 75.
- ⁴⁶ Price, C.: „ANC lures hungry voters with food“, Sunday Times, 12.4.2009; „ANC no stranger to the strategy of buying Elections“, The Times, 21.4.2010, online abrufbar unter <http://www.timeslive.co.za/opinion/editorials/article414698.ece/ANC-no-stranger-to-the-strategy-of--buying-elections>, heruntergeladen am 28.4.2010.

- ⁴⁷ „Are DA Members under attack?“, IOL, 21.10.2008, online abrufbar unter http://www.iol.co.za/index.php?set_id=1&click_id=13&art_id=nw20081021172832489C327657&singlepage=1, heruntergeladen am 28.4.2010; Gibson, E. und Pienaar, A.: „DA-byeenkoms ontwrig“, Volksblad, 7.12.2010, online abrufbar unter <http://www.volksblad.com/Suid-Afrika/Nuus/DAbyeenkoms-ontwrig-20091207>, heruntergeladen am 28.4.2010.
- ⁴⁸ Gruzd, S. und van Winden, M.: „It’s good to be the King“, eAfrica, Bd. 2, 4/2004, online abrufbar unter <http://www.saiia.org.za/archive-eafrica/its-good-to-be-the-king.html>, heruntergeladen am 28.4.2010.
- ⁴⁹ ANC: „Strategic and Tactical Approaches to the Opposition“, online abrufbar unter <http://www.anc.org.za/ancdocs/pubs/umrabulo/umrabulo22/strategic.htm>, heruntergeladen am 20.4.2010; siehe auch R. W. Johnsons Kommentare dazu in: Johnson, R. W.: *South Africa’s Brave New World: The Beloved Country since the End of Apartheid*, S. 316-317.
- ⁵⁰ Mandela, M.: „Report by the President of the ANC, Nelson Mandela, to the 50th National Conference of the African National Congress“, 16.12.1997, online abrufbar unter <http://www.anc.org.za/ancdocs/history/mandela/1997/sp971216.html>, heruntergeladen am 28.4.2010.
- ⁵¹ In „A Fundamental Revolutionary Lesson: The Enemy Manoeuvres but it Remains the Enemy/Part 1“, bemerkte der Autor, dass im Gegensatz zu anderen „Revolutionen“ der ANC beschlossen hatte, keine „revolutionäre Macht“ anzuwenden, um seine Gegner zu unterdrücken – deutet aber zwischen den Zeilen an, dass dies möglicherweise gut gewesen wäre. Der vollständige Text ist enthalten in den folgenden Ausgaben des ANC Today, und erhältlich über die folgenden Weblinks: Bd. 7 Nr. 33, 24.-30.8.2007, online abrufbar unter <http://www.anc.org.za/ancdocs/anctoday/2007/at33.htm>; Bd. 7, Nr. 34, 31.8. bis 6.9.2007, online abrufbar unter <http://www.anc.org.za/ancdocs/anctoday/2007/at34.htm>; Bd. 7, Nr. 35, 7.-13.9.2007, online abrufbar unter <http://www.anc.org.za/ancdocs/anctoday/2007/at35.htm>; Bd. 7, Nr. 36, 14.-20.9.2007, online abrufbar unter <http://www.anc.org.za/ancdocs/anctoday/2007/at36.htm>.
- ⁵² Ich bin nicht so naiv, davon auszugehen, dass eine Partei einen so grundlegenden Vorteil wie die instinktive Loyalität ihrer Wähler freiwillig drangeben würde, oder dass man dies sinnvollerweise erwarten könnte. Objektiv betrachtet ist dies aber ein Problem für die Demokratie in Südafrika.
- ⁵³ Mare, G.: „Race, Democracy and Opposition in South African Politics: As Other Way as Possible“, in: Southall, R. (Hrsg.): *Opposition and Democracy in South Africa*, London und Portland (Or), Frank Cass, 2001, S. 95.
- ⁵⁴ Afrobarometer, Summary of Results, Round 4 Afrobarometer Survey in South Africa, S. 20.
- ⁵⁵ Lodge, T.: „Consolidating Democracy: South Africa’s Second Popular Election“, Johannesburg, Electoral Institute of South Africa und Witwatersrand University Press, 2009, S. 203.
- ⁵⁶ Zum Zeitpunkt der Fertigstellung der vorliegenden Publikation herrschten bei Cope interne Querelen. Die Zukunft der Partei ist unklar.
- ⁵⁷ Bratton, M. und Van De Walle, N.: „Toward Governance in Africa: Popular Demands and State Responses“, in: Hyden, G. und Bratton, M. (Hrsg.): *Governance and Politics in Africa*, Boulder und London, Lynne Rienner Publishers, 1992, S. 54.
- ⁵⁸ Pottinger, B.: „The Mbeki Legacy“, S. 5.
- ⁵⁹ Ebd., S. 245, 250.
- ⁶⁰ Schüssler, M.: „World’s biggest welfare state“, News24, 18.2.2010, online abrufbar unter <http://www.fin24.com/Business/Worlds-biggest-welfare-state-20100218>, heruntergeladen am 30.4.2010.
- ⁶¹ Afrobarometer, Summary of Results, Round 4 Afrobarometer Survey in South Africa, 2009, online abrufbar unter http://www.afrobarometer.org/Summary%20of%20Results/Round%204/saf_R4SOR_9apr09_final.pdf, heruntergeladen am 19.4.2010, S. 11.
- ⁶² Mbeki, M.: „A Blank Cheque to Buy Votes“, *The Mercury*, 17.5.2010.
- ⁶³ Butler, A.: „Left chooses wrong allies in quest for development“, *Business Day*, 29.3.2010, online abrufbar unter <http://www.businessday.co.za/articles/Content.aspx?id=104837>, heruntergeladen am 30.4.2010.
- ⁶⁴ Kürzlich verwässerte die Regierung die Einführung einer Beschränkung der Anzahl von Positionen in kommunalen Verwaltungen, die Träger von Parteiämtern bekleiden dürfen. Das mutmaßliche Ziel ist, dass nur Kandidaten mit einschlägigen Kompetenzen in solchen Positionen beschäftigt werden sollen. Die mit dem ANC verbündeten Gewerkschaften sind aus dem Grund dagegen, dass politische Aktivität ein verfassungsmäßiges Recht ist, und diese Maßnahme Auswirkungen auf ihre Mitglieder hat. Meiner Meinung nach wird diese Maßnah-

- me nur eine geringe Wirkung zeigen, wenn es keinen tiefgreifenden Sinneswandel gibt. Dies würde bedeuten, dass zunächst einmal die Versuche eingestellt werden, die Ämter und Behörden durch die „Entsendung von Kadern“ der Kontrolle der Partei zu unterwerfen. Da sich der ANC weigert, dieses Programm einzustellen, besteht die Gefahr, dass der ANC diese Entsendung „informell“ weiterbetreiben wird, indem die betroffenen Kader ihre Positionen innerhalb des ANC aufgeben, wobei jedoch die Abmachung getroffen wird, dass sie diese Ämter und Positionen nach Belieben und zu Gunsten des ANC bekleiden.
- ⁶⁵ ANC, 1997 – Year of Reaffirming the ANC Cadre, Summary of January 8 Speech, 8.1.1997, online abrufbar unter <http://www.anc.org.za/andocs/speeches/1997/sp0108.html>, heruntergeladen am 28.4.2010.
- ⁶⁶ Zitiert in Gumede, W.: „Building a Democratic Political Culture“, in: Gumede, W. und Dikeni, L. (Hrsg.): *South African Democracy and the Retreat of Intellectuals*, Johannesburg, Jacana, 2009, S. 29.
- ⁶⁷ „The State, Property Relations and Social Transformation: A Discussion Paper towards the Alliance Summit“, 1997, online abrufbar unter <http://www.anc.org.za/andocs/pubs/umrabelo/articles/sprst.html>, heruntergeladen am 28.4.2010.
- ⁶⁸ Zwei bemerkenswert ähnliche Folgerungen von zwei Kommentatoren aus völlig entgegengesetzten Lagern: Zille, H.: „The truth about cadre deployment“, *SA Today*, 23.10.2009, online abrufbar unter <http://www.da.org.za/newsroom.htm?action=view-news-item&id=7464>, heruntergeladen am 19.11.2010; Gigaba, M.: „We can serve our people better“, *ANC Today*, 9.42, 23.-29.10.2009, online abrufbar unter <http://www.anc.org.za/andocs/anctoday/2009/pdf/at42.pdf>, heruntergeladen am 19.11.2009.
- ⁶⁹ Department of Cooperative Governance and Traditional Affairs, *State of Local Governance in South Africa*, 2009; Pottinger, B.: „The Mbeki Legacy“, S. 37-41.
- ⁷⁰ Mlokoti, V.: „Amathole District Municipality and Another“, Akte Nr. 1428/2008, online abrufbar unter <http://www.politicsweb.co.za/politicsweb/view/politicsweb/en/page71619?oid=114427&sn=Detail>, heruntergeladen am 9.6.2010; Hoffman, P.: „Cadre Deployment“, Institute for Accountability in Southern Africa website, 30.3.2010, online abrufbar unter http://ifaisa.org/Cadre_Deployment.html, heruntergeladen am 9.6.2010.
- ⁷¹ Zu diesem Zeitpunkt wurde angekündigt, dass Entsandte die normalen Bewerbungsverfahren durchlaufen würden.
- ⁷² Pottinger, B.: „The Mbeki Legacy“, S. 38-39.
- ⁷³ Dombrowski, K. R.: „South Africa after Apartheid“, *Journal of Democracy*, Bd. 17, Nr. 3, 7/2006, S. 28.
- ⁷⁴ Siehe beispielsweise Kirk, P.: „SA ‚frozen out‘ of intelligence loop“, *The Citizen*, 19.5.2010.
- ⁷⁵ Eine kurze Beschreibung der Ereignisse siehe „Hewana should go to jail“, 8.2.2010, online abrufbar unter <http://www.timeslive.co.za/news/article297158.ece>, heruntergeladen am 30.4.2010.
- ⁷⁶ Zitiert in Myburgh, J.: „The Decline of Africanism“, *Politicsweb*, 19.1.2009, online abrufbar unter <http://www.politicsweb.co.za/politicsweb/view/politicsweb/en/page71619?oid=114760&sn=Detail>, heruntergeladen am 29.4.2010.
- ⁷⁷ Siehe beispielsweise „Vrese oor Simelane word bewaarheid“, *Volksblad*, 31.3.2010, online abrufbar unter <http://www.volksblad.com/Opinie/Hoofartikels/Vrese-oor-Simelane-word-bewaarheid-20100331>, heruntergeladen am 29.4.2010.
- ⁷⁸ Institute for Justice and Reconciliation, *SA Reconciliation Barometer 2009, 9th Round Media Briefing*, 9.12.2009, S. 12.
- ⁷⁹ Die Afrobarometer-Umfragen bestätigen dies. Die Ergebnisse zeigen, dass die Regierungspartei wesentlich größeres Vertrauen genießt als die Oppositionsparteien, auch wenn die Werte seit der letzten Afrobarometer-Umfrage (2008) gesunken sein mögen.
- ⁸⁰ Giliomee, H., Schlemmer, L. und Myburgh, J.: „Dominant Party Rule, Opposition Parties and Minorities in South Africa“, in: Southall, R.: *Opposition and Democracy in South Africa*, London und Portland (OR), Frank Cass, 2001, S. 173.
- ⁸¹ Boyle, B.: „Protests not just about Service Delivery“, *Sunday Times*, 25.4.2010, online abrufbar unter <http://www.timeslive.co.za/sundaytimes/article418956.ece/Protests-not-just-about-service-delivery>, heruntergeladen am 28.4.2010.
- ⁸² Melber, H.: „From Liberation Movements to Governments: On Political Culture in Southern Africa“, *African Sociological Review*, 6, (1), 2002, S. 6.
- ⁸³ Russell, A.: „After Mandela: The Battle for the Soul of South Africa“, London, Hutchison, 2009, S. 260.

- ⁸⁴ Malema hat frei aufwieglerische und beleidigende Äußerungen getan, die stark rassistisch eingefärbt sind. Es wird ihm darüber hinaus nachgesagt, dass er aus dem Regierungsgeschäft stark profitiert hat. Obwohl er Vorhaben wie die Verstaatlichung der Bergwerke des Landes vorantreibt, greift er auch die Verbündeten des ANC auf der Linken an. Berichten zufolge gilt er als eine der mächtigsten Figuren innerhalb des ANC, und er scheint einen gewissen Teil der Öffentlichkeit anzusprechen.
- ⁸⁵ Institute for Justice and Reconciliation, SA Reconciliation Barometer 2009, 9th Round Media Briefing, S. 12.
- ⁸⁶ Populismus ist ein schwer fassbares Konzept und lässt sich schlecht definieren. Eine sehr gute Quelle, basierend auf einer Konferenz in den 1960er-Jahren, deren Zweck es war, den Populismus zu erklären und zu analysieren, ist Ionescu, G. und Gellner, E. (Hrsg.): „Populism: Its Meaning and National Characteristics“, London, Weidenfeld und Nicolson, 1969; siehe auch Hawkins, K. A.: „Is Chavez Populist? Measuring Populist Discourse in Comparative Perspective“, *Comparative Political Studies*, Bd. 42, Nr. 8, 2009, S. 1040-1967.
- ⁸⁷ Siehe beispielsweise Pottinger, B.: „The Mbeki Legacy“, Department of Cooperative Governance and Traditional Affairs, State of Local Governance in South Africa, 2009 (es handelt sich um einen offiziellen Bericht, der unter anderem die Folgen solcher Praktiken beleuchtet); Roodt, M. und Eddy, G.: „The Public Sector faces a Skills Black Hole“, *Fast Facts*, Nr. 1, 2010, S. 4-7.
- ⁸⁸ Kommentare bei M-Net Carte Blanche in einem Bericht über den Vorsitzenden der ANC Youth League, Julius Malema, 18.4.2010.
- ⁸⁹ Mit dem wichtigen Unterschied, dass Zuma weitaus weniger als Mbeki geneigt ist, eine manichäische Teilung der Welt in zwei entgegengesetzte Lager zu propagieren. Er ist eher ein Schlichter, der interessanterweise auch nette Worte für die Opposition findet. Zumas „Populismus“ basiert wohl mehr auf Charisma und Popularität – und es anderen zu überlassen, die Grenzverläufe auszumachen und ihn als Symbolgestalt darin zu finden – als es damals der Fall war, als seine Gefolgschaft ihn als Gegenpol zu Thabo Mbeki sah.
- ⁹⁰ Eine gute Beschreibung der unterschiedlichen Stile enthält Russell, A.: „After Mandela: The Battle for the Soul of South Africa“, S. 231-260.
- ⁹¹ Seale, L.: „Zuma’s anti-gay comments lead to backlash“, *The Star*, 27.9.2007, online abrufbar unter http://www.iol.co.za/index.php?set_id=1&click_id=13&art_id=vn20060927005718328C406320, heruntergeladen am 30.4.2010. Anschließend machte er einen Rückzieher, behauptete, er sei falsch verstanden worden, und erkannte die verfassungsmäßige Stellung an.
- ⁹² „Koeberg sabotage row erupts“, *Cape Times*, 1.3.2006, online abrufbar unter <http://www.capetimes.co.za/index.php?fSectionId=3531&fArticleId=vn20060301061901333C762675>, heruntergeladen am 30.4.2010.
- ⁹³ Hamlyn, M.: „No proof of sabotage at Koeberg, says Erwin“, *Business Report*, 18.8.2006, online abrufbar unter <http://www.busrep.co.za/index.php?fSectionId=&fArticleId=3398999>, heruntergeladen am 30.4.2010.
- ⁹⁴ Afrobarometer, Summary of Results, Round 4 Afrobarometer Survey in South Africa, 2009, online abrufbar unter http://www.afrobarometer.org/Summary%20of%20Results/Round%204/saf_R4SOR_9apr09_final.pdf, heruntergeladen am 19.4.2010, S. 40-43; Centre for Development and Enterprise, Land reform in South Africa: a 21st Century Perspective, Forschungsbericht Nr. 14 (Kurzfassung), 2005, S. 14, online abrufbar unter http://www.cde.org.za/article.php?a_id=36, heruntergeladen am 4.6.2010.
- ⁹⁵ Sapa: „90 % of redistributed farms not functional – Nkwinti“, 3. März 2010, online abrufbar unter <http://www.politicsweb.co.za/politicsweb/view/politicsweb/en/page71627?oid=163515&sn=Detail>, heruntergeladen am 4.6.2010.
- ⁹⁶ Ein hervorragendes Beispiel für sowohl den Text des Journalisten als auch die Berichterstattung über Kommentare dazu ist Sapa: „Baby’s death: Govt won’t tolerate vigilante farmers“, 14.4.1998, online abrufbar unter <http://70.84.171.10/~etools/newsbrief/1998/news0415>, heruntergeladen am 27.5.2010.
- ⁹⁷ Pressley, D.: „Black and White Farmers Unite in Worry“, *Business Report*, 15.2.2008, online abrufbar unter <http://www.busrep.co.za/index.php?fSectionId=552&fArticleId=4254954>, heruntergeladen am 30.4.2010.
- ⁹⁸ Groenewald, Y.: „Digging in over land reform“, *Mail and Guardian Online*, 19.3.2010, online abrufbar unter <http://www.mg.co.za/article/2010-03-19-digging-in-over-land-reform>, heruntergeladen am 30.4.2010.
- ⁹⁹ Cardoso, E. und Helwege, A.: „Populism, Profdigacy and Redistribution“, in: Dornbusch, R. und Edwards, S. (Hrsg.): *The Macroeconomics of Populism in Latin America*, London und Chicago, Chicago University Press, S. 45-74.

- ¹⁰⁰ Pressley, D.: „Manuel: one cannot just inherit land and then farm“, Business Report, 22.2.2008, online abrufbar unter <http://www.busrep.co.za/index.php?fSectionId=561&fArticleId=4266926>, heruntergeladen am 30.4.2010.
- ¹⁰¹ Deininger, K. und Squire, L.: „Economic Growth and Income Inequality: Reexamining the Links“, Finance and Development, 3, 1997, S. 38-41.
- ¹⁰² In den vergangenen Jahren haben ausländische Unternehmen große Investitionen in der Landwirtschaft getätigt. Vor allem die Nachfrage seitens asiatischer Unternehmen ist gestiegen.
- ¹⁰³ Afrobarometer, Summary of Results, Round 4 Afrobarometer Survey in South Africa, 2009, online abrufbar unter http://www.afrobarometer.org/Summary%20of%20Results/Round%204/saf_R4SOR_9apr09_final.pdf, S. 13, heruntergeladen am 19.4.2010.
- ¹⁰⁴ An dieser Stelle sollte ich darauf hinweisen, dass ich mich in erster Linie auf solche Gruppen beziehe, die am sozio-politischen Aktivismus oder an politischer Forschung beteiligt sind. Dabei handelt es sich natürlich nicht um die komplette bürgerliche Gesellschaft – obwohl dies von vielen bürgerlich-gesellschaftlichen Aktivisten vergessen wird.
- ¹⁰⁵ Rossouw, M.: „Zuma’s new God squad wants liberal laws to go“, 11.9.2009, online abrufbar unter <http://www.mg.co.za/article/2009-09-11-zumas-new-god-squad-wants-liberal-laws-to-go>, heruntergeladen am 6.6.2010; Mataboge, M.: „Why ANC dumped Council of Churches“, 18.9.2009, online abrufbar unter <http://www.mg.co.za/article/2009-09-18-why-anc-dumped-council-of-churches>, heruntergeladen am 6.6.2010.
- ¹⁰⁶ Soziale Bewegungen sind natürlich weder ein Phänomen, das durch Konflikte mit dem ANC entstanden ist, noch neu in der Zeit nach 1994. Eine Besprechung der bürgerlichen Gesellschaft mit einer ziemlich guten Abhandlung über die sozialen Bewegungen enthält Calland, R.: „Anatomy of South Africa: Who holds the Power?“, Kapstadt, Zebra, 2006, S. 243-260; das Centre for Civil Society an der Universität von KwaZulu-Natal (<http://www.ukzn.ac.za/ccs/default.asp?2.68>) bringt viele Publikationen über soziale Bewegungen heraus, allgemein aus linker Perspektive. Eine überzeugende Fallstudie enthält Bond, P.: „South Africa’s Resurgent Social Movements: The case of Johannesburg, 1984, 1994, 2004“, Centre for Civil Society Research Report Nr. 22, 2004.
- ¹⁰⁷ „South Africa: Poor people’s movement draws government wrath“, IRIN, 21.4.2010, online abrufbar unter <http://www.irinnews.org/report.aspx?ReportID=88883>, heruntergeladen am 30.4.2010.
- ¹⁰⁸ Siehe beispielsweise Buccus, I.: „What are the Prospects of Real Political Realignment in South Africa?“, Mail and Guardian, 4.-10.6.2010.
- ¹⁰⁹ Friedman, S. und Mottier, S.: „A Moral to the Tale: the Treatment Action Campaign and the Politics of HIV/Aids“, Beitrag für das Forschungsprojekt „Globalisation, Marginalisation and the New Social Movements in post-Apartheid South Africa“ des Centre for Civil Society und der School of Development Studies, Universität von KwaZulu-Natal, 2004, S. 4-5; Achmat, Z.: „A Majority is good enough“, Mail and Guardian, 20.4.2009, online abrufbar unter <http://www.mg.co.za/article/2009-04-20-a-majority-is-good-enough>, heruntergeladen am 15.6.2009.
- ¹¹⁰ Ein Beobachter, der regelmäßig mit Parlamentsabgeordneten des ANC zu tun hatte, sagte mir, dass die Erfolgsaussichten beim Lobbying vom Charakter des betroffenen ANC-Abgeordneten abhängig waren (wie ideologisch flexibel er oder sie zu sein bereit war), sowie von der Bedeutung des Themas für das Weltbild des ANC: die Erfolgsaussichten waren beispielsweise beim Themenkomplex bürgerliche Freiheiten größer als beim Themenkomplex ethnische Bevorzugung.
- ¹¹¹ Mandela, M.: „Report by the President of the ANC, Nelson Mandela, to the 50th National Conference of the African National Congress“, 16.12.1997, online abrufbar unter <http://www.anc.org.za/ancdocs/history/mandela/1997/sp971216.html>, heruntergeladen am 28.4.2010.
- ¹¹² Herbert, R. und Gruzd, S.: „The African Peer Review Mechanism: Lessons from the Pioneers“, Johannesburg, South African Institute of International Affairs, S. 260.
- ¹¹³ Einen Bericht hierüber enthält Visser, W. P.: „From MWU to Solidarity – A Trade Union Reinventing itself“, South African Journal of Labour Relations, Bd. 30, Nr. 2, 2006, S. 19-41.
- ¹¹⁴ „Cadre Deployment is the Root of the Accountability Problem“, Business Day, 7.11.2009, online abrufbar unter <http://www.businessday.co.za/Articles/Content.aspx?id=86308>.
- ¹¹⁵ „The State, Property Relations and Social Transformation: A Discussion Paper towards the Alliance Summit“, 1997, online abrufbar unter <http://www.anc.org.za/ancdocs/pubs/umrabulo/articles/sprst.html>, heruntergeladen am 28.4.2010.

Nach der Aussage, dass die „Nationale Befreiungsbewegung“ (National Liberation Movement, NLM) ihre Macht über die genannten Körperschaften ausdehnen sollte, wird die wenig plausible Behauptung aufgestellt, dies sei „kein Widerspruch zu den Bestimmungen der Verfassung, die die meisten dieser Körperschaften als unabhängig und unparteiisch definieren“. Da die NLM eine parteiische politische Bewegung ist, führt die „Ausdehnung ihrer Macht“ unweigerlich zur Zerstörung des unparteiischen Charakters dieser Institutionen. Die Widersprüche in diesem Zusammenhang sind symptomatisch für die Schwierigkeiten, die der ANC hatte, sich an seine Rolle als Regierungspartei innerhalb einer liberalen Demokratie anzupassen. Entweder geht man in diesem Abschnitt davon aus, dass man die Vorschrift der Verfassung anerkennen sollte (wenn auch wenig überzeugend) oder man geht davon aus, dass die NLM tatsächlich gar nicht parteiisch ist, sondern eine Art „allgemeinen Willen“ zum Ausdruck bringt, dessen Richtungsgebung nicht als „parteiisch“ definiert werden kann. Doch egal wie man es dreht, verträgt es sich nicht mit einer liberalen Demokratie.

- ¹¹⁶ Giliomee, H., Schlemmer, L. und Myburgh, J.: „Dominant Party Rule, Opposition Parties and Minorities in South Africa“, in: Southall, R.: *Opposition and Democracy in South Africa*, London und Portland (OR), Frank Cass, 2001, S. 169.
- ¹¹⁷ Gumede, W. M.: „Building a Democratic Political Culture“, in: Gumede, W. M. und Dikeni, L.: *South African Democracy and the Retreat of Intellectuals*, S. 15.
- ¹¹⁸ Mangcu, X.: „To the Brink: The State of Democracy in South Africa“, Scottsville, University of KwaZulu-Natal Press, 2008, S. 84-85.
- ¹¹⁹ Institute for Justice and Reconciliation, SA Reconciliation Barometer 2009, 9th Round Media Briefing, S. 17.
- ¹²⁰ Paton, C. und Schmidt, M.: „Two-thirds Majority: ANC wants ‚Unfettered Power‘“, *Sunday Times*, 3.5.1998.
- ¹²¹ Giliomee, H.: „The Afrikaners: Biography of a People“, S. 697-699; Johnson, R. W.: „South

Africa’s Brave New World: The Beloved Country since the End of Apartheid“, S. 381-444.

- ¹²² Steenkamp, L.: „Raadsbase sal hul sokkies moet optrek“, *Beeld*, 12.3.2010, online abrufbar unter <http://www.beeld.com/Suid-Afrika/Nuus/Raadsbase-sal-hul-sokkies-moet-optrek-20100312>, heruntergeladen am 29.4.2010.
- ¹²³ Congress of South African Trade Unions, Final Draft Consolidated Resolutions to the Cosatu 10th National Congress, 9/2009, S. 25
- ¹²⁴ Seekings, J.: „The continuing salience of race: discrimination and diversity in South Africa“, *Journal of Contemporary African Studies*, 26, 1, 2008, S. 1-25.
- ¹²⁵ Institute for Justice and Reconciliation, SA Reconciliation Barometer 2009, 9th Round Media Briefing, S. 21.
- ¹²⁶ Ebd., S. 22.
- ¹²⁷ Schlemmer, L.: „Race relations and racism in everyday life“, *Fast Facts*, 9/2001; Schlemmer, L.: „Between a rainbow and a hard place: threats and opportunities in racial reconciliation in South Africa“, *Fast Facts*, 12, 2001, S. 2-12.
- ¹²⁸ 2009 konzentrierte sich die IFP bewusst auf ihre ländliche, afrikanische Stammwählerschaft, und weiße und indische Kandidaten wurden danach beurteilt, welche Erfahrung sie in der Arbeit mit diesen Menschen hatten (siehe Francis, S.: „The IFP Campaign: Indlovu ayisindwa kwabaphambili“, in: Southall, R. und Daniel, J. (Hrsg.): *Zunami: The 2009 South African Elections*, Auckland Park und Dunkeld, Jacana und Konrad Adenauer Stiftung, 2009, S. 147-161.
- ¹²⁹ Afrobarometer, Summary of Results, Round 4 Afrobarometer Survey in South Africa, 2009, S. 22.
- ¹³⁰ Ndaba, B.: „Not all white people are racist“, *The Star*, 24.1.2008, online abrufbar unter http://www.iol.co.za/index.php?set_id=1&click_id=13&art_id=vn20080124062811475C842043, heruntergeladen am 18.9.2009.
- ¹³¹ Afrobarometer, Summary of Results, Round 4 Afrobarometer Survey in South Africa, S. 78.

Verantwortlich

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Autor

Terence Corrigan
Politischer Berater, Johannesburg

„Aktuelle Analysen“

Die „Aktuellen Analysen“ werden ab Nr. 9 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: www.hss.de/mediathek/publikationen.html. Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort oder telefonisch unter 089/1258-263 kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 1 Problemstrukturen schwarz-grüner Zusammenarbeit
- Nr. 2 Wertewandel in Bayern und Deutschland – Klassische Ansätze – Aktuelle Diskussion – Perspektiven
- Nr. 3 Die Osterweiterung der NATO – Die Positionen der USA und Russlands
- Nr. 4 Umweltzertifikate – ein geeigneter Weg in der Umweltpolitik?
- Nr. 5 Das Verhältnis von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen nach den Landtagswahlen vom 24. März 1996
- Nr. 6 Informationszeitalter – Informationsgesellschaft – Wissensgesellschaft
- Nr. 7 Ausländerpolitik in Deutschland
- Nr. 8 Kooperationsformen der Oppositionsparteien
- Nr. 9 Transnationale Organisierte Kriminalität (TOK) – Aspekte ihrer Entwicklung und Voraussetzungen erfolgreicher Bekämpfung
- Nr. 10 Beschäftigung und Sozialstaat
- Nr. 11 Neue Formen des Terrorismus
- Nr. 12 Die DVU – Gefahr von Rechtsaußen
- Nr. 13 Die PDS vor den Europawahlen
- Nr. 14 Der Kosovo-Konflikt: Aspekte und Hintergründe
- Nr. 15 Die PDS im Wahljahr 1999: „Politik von links, von unten und von Osten“
- Nr. 16 Staatsbürgerschaftsrecht und Einbürgerung in Kanada und Australien
- Nr. 17 Die heutige Spionage Russlands
- Nr. 18 Krieg in Tschetschenien

- Nr. 19 Populisten auf dem Vormarsch? Analyse der Wahlsieger in Österreich und der Schweiz
- Nr. 20 Neo-nazistische Propaganda aus dem Ausland nach Deutschland
- Nr. 21 Die Relevanz amerikanischer Macht: anglo-amerikanische Vergangenheit und euro-atlantische Zukunft
- Nr. 22 Global Warming, nationale Sicherheit und internationale politische Ökonomie – Überlegungen zu den Konsequenzen der weltweiten Klimaveränderung für Deutschland und Europa
- Nr. 23 Die Tories und der „Dritte Weg“ – Oppositionsstrategien der britischen Konservativen gegen Tony Blair und New Labour
- Nr. 24 Die Rolle der nationalen Parlamente bei der Rechtssetzung der Europäischen Union – Zur Sicherung und zum Ausbau der Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestages
- Nr. 25 Jenseits der „Neuen Mitte“: Die Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl 1998
- Nr. 26 Die islamische Herausforderung – eine kritische Bestandsaufnahme von Konfliktpotenzialen
- Nr. 27 Nach der Berliner Wahl: Zustand und Perspektiven der PDS
- Nr. 28 Zwischen Konflikt und Koexistenz: Christentum und Islam im Libanon
- Nr. 29 Die Dynamik der Desintegration – Zum Zustand der Ausländerintegration in deutschen Großstädten
- Nr. 30 Terrorismus – Bedrohungsszenarien und Abwehrstrategien
- Nr. 31 Mehr Sicherheit oder Einschränkung von Bürgerrechten – Die Innenpolitik westlicher Regierungen nach dem 11. September 2001
- Nr. 32 Nationale Identität und Außenpolitik in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 33 Die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU – eine „Privilegierte Partnerschaft“
- Nr. 34 Die Transformation der NATO. Zukunftsrelevanz, Entwicklungsperspektiven und Reformstrategien
- Nr. 35 Die wissenschaftliche Untersuchung Internationaler Politik. Struktureller Neorealismus, die „Münchener Schule“ und das Verfahren der „Internationalen Konstellationsanalyse“

- Nr. 36 Zum Zustand des deutschen Parteiensystems – eine Bilanz des Jahres 2004
- Nr. 37 Reformzwänge bei den geheimen Nachrichtendiensten? Überlegungen angesichts neuer Bedrohungen
- Nr. 38 „Eine andere Welt ist möglich“: Identitäten und Strategien der globalisierungskritischen Bewegung
- Nr. 39 Krise und Ende des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes
- Nr. 40 Bedeutungswandel der Arbeit – Versuch einer historischen Rekonstruktion
- Nr. 41 Die Bundestagswahl 2005 – Neue Machtkonstellation trotz Stabilität der politischen Lager
- Nr. 42 Europa Ziele geben – Eine Standortbestimmung in der Verfassungskrise
- Nr. 43 Der Umbau des Sozialstaates – Das australische Modell als Vorbild für Europa?
- Nr. 44 Die Herausforderungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007 – Perspektiven für den europäischen Verfassungsvertrag
- Nr. 45 Das politische Lateinamerika: Profil und Entwicklungstendenzen
- Nr. 46 Der europäische Verfassungsprozess – Grundlagen, Werte und Perspektiven nach dem Scheitern des Verfassungsvertrags und nach dem Vertrag von Lissabon
- Nr. 47 Geisteswissenschaften – Geist schafft Wissen
- Nr. 48 Die Linke in Bayern – Entstehung, Erscheinungsbild, Perspektiven
- Nr. 49 Deutschland im Spannungsfeld des internationalen Politikgeflechts
- Nr. 50 Politische Kommunikation in Bayern – Untersuchungsbericht
- Nr. 51 Private Sicherheits- und Militärfirmen als Instrumente staatlichen Handelns
- Nr. 52 Von der Freiheit des konservativen Denkens – Grundlagen eines modernen Konservatismus
- Nr. 53 Wie funktioniert Integration? Mechanismen und Prozesse
- Nr. 54 Verwirrspiel Rente – Wege und Irrwege zu einem gesicherten Lebensabend
- Nr. 55 Die Piratenpartei – Hype oder Herausforderung für die deutsche Parteienlandschaft?
- Nr. 56 Die politische Kultur Südafrikas – 16 Jahre nach Ende der Apartheid

